

An der Antisemitenbewegung beteiligte sich auch der Breslauer Stadtkommandant General v. Wulffen, er unterschrieb auch die Antisemiten-Petition. Dafür spielte ihm die jüdisch-liberale Presse einen boshaften Streich. So brachte sie einen angeblichen Brief Wulffens an seinen Schwiegersohn, worin er darüber klagte, daß er sich in den Händen jüdischer Bucherer befände und andere Blätter nahmen begierig davon Notiz. Wulffen ging sofort mit Strafanträgen vor und die Redakteure wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, da sich der Brief als Fälschung erwies. Indessen war das, was darin von Wulffens Kalamitäten stand, wahr und kam somit an die Oeffentlichkeit. Die Folge war, daß dieser General seinen Abschied nehmen mußte. Das Recht des Tragens der Uniform wurde ihm weiter gewährt. Auch die Frau des Stadtkommandanten v. Wulffen beteiligte sich an der antisemitischen Bewegung. In Begleitung von zwei Adjutanten erschien sie in Mitglieder-Versammlungen und nahm am Vorstandsstische Platz. Damals bestand die verein-gesellschaftliche Bestimmung, daß Frauen an den Versammlungen poli-tischer Vereine nicht teilnehmen durften und erregten diese Besuche einen großen Sturm in der liberalen Presse.

Aber nicht nur in Versammlungen, auch in der Lokalpresse tobte der Kampf über die Judenfrage weiter.

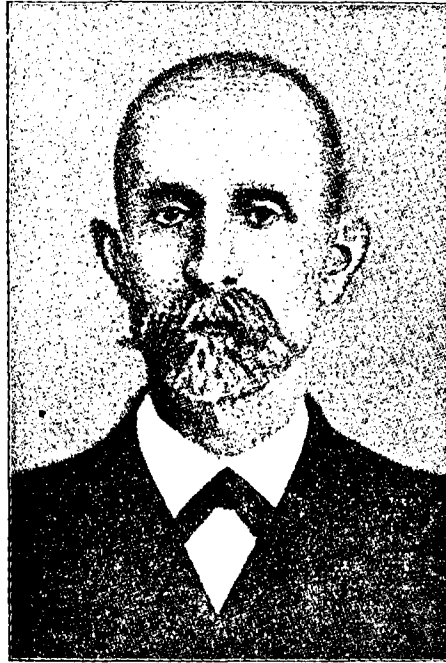
Weitere Verfolgungen.

Auch Haus-suchungen fielen in jene Zeit eine große Anzahl. Bei Hövel wurden im August bei einer solchen Gelegenheit 75 Bücher konfisziert; auf seine Beschwerde hin, daß jene Bücher sein Eigentum und nicht zur Weiterverbreitung bestimmt seien, erhielt er nur einen Teil zurück, merkwürdigerweise gerade die verbotenen. Auf eine weitere Beschwerde antwortete ihm der Regierungspräsident abweisend, weil die von Hövel entfaltete sozialdemokratische Tätigkeit und die äußere Aus-stattung der Bücher (!) die Annahme des Polizeipräsidenten als gerechtfertigt erscheinen lasse, daß die Bücher zur Ver-breitung bestimmt seien. Obgleich alle Bücher nur in einem Exemplare vorhanden waren und der Polizeipräsident nicht den geringsten Beweis dafür erbracht hatte, daß eine Verbreitung beabsichtigt war, wurde die Entscheidung auch schließlich noch vom Minister bestätigt. Dasselbe passierte um die gleiche Zeit dem Klempnermeister A. Langer*) in Falkenberg OS., wie über-

*) A. Langer hatte in den Wanderjahren, als junger Geselle, den Sozialismus kennen gelernt. Er blieb seiner Ueberzeugung treu und war während und auch nach dem Ausnahmegezet lange Zeit hindurch der einzige Genosse, der regelmäßig aus Oberschlesien Parteibeiträge nach Berlin sandte. Unter seiner Leitung hat später so manche Versammlung unter freiem

haupt in verschiedenen Provinzstädten Hausfuchungen abgehalten wurden, woraus die „Breslauer Morgenzeitung“ schloß, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Orten immer noch nicht aufgehört habe.

Ueber die Hausfuchung gibt Klempnermeister und Stadtverordneter August Langer in Falkenberg O.S. folgende Schilderung:



August Langer.

„Es war im Sommer 1880, als in unserem etwas über 2000 Einwohner zählenden Kreisstädtchen große Aufregung herrschte. Eine Anzahl Kinder und auch erwachsene Personen standen neugierig am Marktplatz vor meinem Klempnerladen. In diesen hatte sich soeben die gesamte Polizeimacht Falkenbergs begeben, der Bürgermeister, der Stadtsekretär und der Polizeisergeant. Auf Veranlassung des Breslauer Polizeipräsidenten nahmen sie eine Hausfuchung vor; es sollten bei mir

Himmel, auf einem Hügel bei Falkenberg, stattgefunden. Auch während der Umwälzung 1918 stand er seinen Mann und noch immer ist der Alte für seine Ideale unermüdetlich tätig.

verbotene Schriften zu finden sei. Trotz des Briefgeheimnisses war es stadtbekannt, daß alle Sonnabende, erst aus Zürich und später aus London, Briefe mit dem verbotenen „Sozialdemokrat“ bei mir eintrafen. Die Neugierigen, die sich den Kopf darüber zerbrachen, welches Verbrechen ich verübt haben könnte, sollten bald befriedigt werden, denn nach einer Weile trug der Ortspolizist eine große Anzahl Bücher nach dem gegenüberliegenden Rathause. In meiner Abwesenheit hatte man mir meine Bibliothek, die ich mir durch meine sauer verdienten Groschen nach und nach in der Fremde angeschafft hatte, konfisziert. Nach eingelegter Beschwerde, die erst beim Minister des Innern Erfolg hatte, mußte man mir die Bücher wieder zurückgeben, da zum Leidwesen der Polizeibehörde Privateigentum auch unter dem Ausnahmegezet nicht konfisziert werden durfte. Aber der Zweck, mir geschäftlich schweren Schaden zuzufügen, war teilweise erreicht, man wollte den Hecht aus dem frommen Karpfenteiche heraus-treiben. Doch diese Absicht ist nicht gelungen.“

Die fortwährenden Verbote der von den Parteigenossen gegründeten farblosen Blätter zeigten so recht, wie die Vorkämpfer des heiligen Eigentums ein erbauliches Vorbild gaben, **E i g e n - t u m z u v e r n i c h t e n**. An den damals der Partei gehörenden 16 Genossenschafts-Buchdruckereien waren 400 Personen als Drucker, Setzer, Expedienten und Redakteure angestellt gewesen; über 2500 Arbeiter und Kleinmeister waren mit ihren Ersparnissen und mittelbar durch die Solidarhaft ihrer ganzen Habe beteiligt. Für die meisten dieser Druckereien wäre die sofortige Liquidation gleichbedeutend mit dem Konkurse gewesen. Genau so stand es um die Breslauer Parteidruckerei H. Zimmer & Co. Viele Parteimitglieder glaubten, wenn nur der erste Sturm ausgetobt habe, würde wieder ein aktives Vorgehen möglich sein. Bis dahin, so hofften sie, würden die farblosen Blätter, womit die Genossenschafts-Buchdruckereien sich zu halten suchten, den geschulten Genossen als „Erkennungszeichen und Legitimation“ dienen.

Von der Gründung der „Breslauer Gerichts-zeitung“ ist bereits kurz berichtet. Ihr Geschäft lag am Universitätsplatz, nahe der Stätte, wo einst die „Wahrheit“ erschienen war. Gedruckt wurde sie bei Zimmer & Co. Verantwortlicher Redakteur war Maximilian Schlesinger; speziell für den Inseratenteil war Louis Cohn tätig, der hier seine kaufmännischen Talente bewährte. Lektierer erzählte mit Vorliebe von seinen Erlebnissen in den Jahren 1848/49 und seiner Bekanntschaft mit Johann Jacoby*). In der Partei erregte es öfter

*) Dr. med. Johann Jacoby, zuletzt praktischer Arzt in Königsberg i. Pr., spielte in der 1848er Revolution eine bedeutende Rolle. Später Sozialdemokrat der Eisenacher Richtung. Lehnte das Reichstagsmandat für Leipzig (Land) nach erfolgter Wahl ab: Er starb am 6. März 1877.

Befremden, daß er mitunter im Restaurant „Zabrze“ mit Polizei-
beamten zusammensaß. Doch erklärte Cohn stets, er sei kein
Sozialdemokrat und könne daher tun, was er wolle. Anderer-
seits aber mengte er sich gern in sozialdemokratische Angelegen-
heiten. Die „Gerichtszeitung“ hatte einen beträchtlichen
Abonnenntenstand und wurde von den Genossen als Ersatz für ein
politisches Organ betrachtet. Ihre von K r ä t e r redigierte Bei-
lage, „Der Klatscher“ betitelt, wurde verboten.

Als nun auch über Hamburg-Altona und Leipzig der kleine
Belagerungszustand verhängt wurde, sammelte man wieder tüchtig,
um die Opfer dieser Maßnahme unterstützen zu können.

Da die Genossen keine eigenen Versammlungen abhalten
konnten, gingen sie in diejenigen der Gegner. So tagte am
9. Juli eine öffentliche Versammlung der Zentrumsparthei in dem
Saale von Paul Scholz, Margaretenstraße 17 (dem heutigen
Gewerkschaftshaus), an der auch eine größere Anzahl Sozialdemo-
kraten teilnahm. Auf dem Podium sammelten sich die Vor-
standsmitglieder, darunter Dr. Hager und Dr. Porsch*).
Ein Kaplan K r a b e l sprach über die Reichsgesetze und der Ab-
geordnete Dr. S c h r ö d e r - Lippstadt referierte über die Par-
teien im Kulturkampfe. Die Katholiken wurden mächtig be-
geistert, auch erscholl ein Hoch auf Windthorst**). Nur ein Stu-
dent, übrigens unverfälschter Katholik, rief in seiner Bezeichtheit
einen Tumult hervor, so daß ihm die Polizei zu Hilfe kommen
mußte, ehe Schlägerei entstand.

In der freireligiösen und in der freien, ehemals christlich-
katholischen Religionsgemeinde, die in demselben Hause in der
Grünstraße tagten, sprachen oft H o f f e r i c h t e r und der alte
Professor B i n d e r. Hier fanden sich häufig die Genossen ein,
teils um der Vorträge willen, teils um sich ungestört zu treffen.

Um den Konservativen entgegenzuwirken, berief der Wahl-
verein der Fortschrittler E u g e n R i c h t e r***) nach Schlesiens
Hauptstadt. Am 22. Januar fand in Breslau ein fortschritt-
licher Parteitag statt und ihm folgte am Abend eine große Ver-
sammlung im „Konzertthause“. Richter erschien unter stürmischem

*) Dr. Felix Porsch, geboren am 30. April 1853. Geheimer
Justizrat in Breslau. Bekanntes schlesischer Zentrumsführer. Von 1881—1903
Stadtvorordneter in Breslau; von 1881—1893 Mitglied des Reichstages.
Seit 1884 Mitglied des preussischen Landtags, dessen langjähriger Vize-
präsident er ist.

**) Dr. Ludwig Windthorst, Staatsminister a. D. im früheren
Staate Hannover. Geboren am 17. Januar 1812 in Kaldenhof bei Osnabrück.
Bedeutender Zentrumsführer. Er starb am 14. März 1891.

***) Eugen Richter, Regierungsassessor a. D., Schriftsteller in Berlin
und langjähriger Reichstagsabgeordneter für Hagen. Geboren am 30. Juli 1838
zu Düsseldorf. Der anerkannte Führer des Freisinns.

Jubel im Saale und nahm mit dem Stadtrichter a. D. Friedländer*), Stein und Dr. Utsch am Vorstandstische Platz. Friedländer eröffnete und berief noch sieben Mann in den Vorstand. Der Abgeordnete Dr. Freund sprach nun über die neue Wirtschaftsgesetzgebung und die Steuern. Er faßte sich kurz, da alles begierig war, Richter zu hören. Dieser entwickelte nach ihm seine gewaltige Zungenkraft und erntete minutenlangen Beifall.

Die Konservativ-Ultramontanen wollten auf die Wunde, die ihnen Richter geschlagen hatte, den Major a. D. Stroßer**) als Pflaster legen, der am 29. Januar im „Schießwerder“ über „Die Handwerkerfrage“ redete. Auch in dieser Versammlung waren die Arbeiter stark vertreten, verhielten sich aber zurückhaltend, denn der Iodernde Zwist wegen der Judenfrage konnte ihnen bei den nächsten Wahlen nur nützlich sein. Zwischen Zentrum und Konservativen begann sich bald darauf ein neuer Zwist zu entspinnen, wobei die Einmütigkeit in die Brüche ging.

Am 12. März sprach der liberale Abgeordnete Dr. Hänel***) in einer großen Versammlung im „Konzertsaal“. Ihr folgte eine große Zentrumsversammlung am 30. März im „Schießwerder“, in der Dr. Porstch den Vorsitz führte und die Abgeordneten Majunke und v. Schorlemer-Alst über den Kulturkampf sprachen.

Anfang 1881 besuchte Bebel auf einer Geschäftsreise Breslau. Krücker benützte diese Gelegenheit, um eine Zusammenkunft der führenden Genossen zu arrangieren, an der auch August Kühn aus Langenbielau teilnahm. Seine Erlebnisse bei diesem Besuch schilderte Bebel im Reichstage, indem er ausführte:

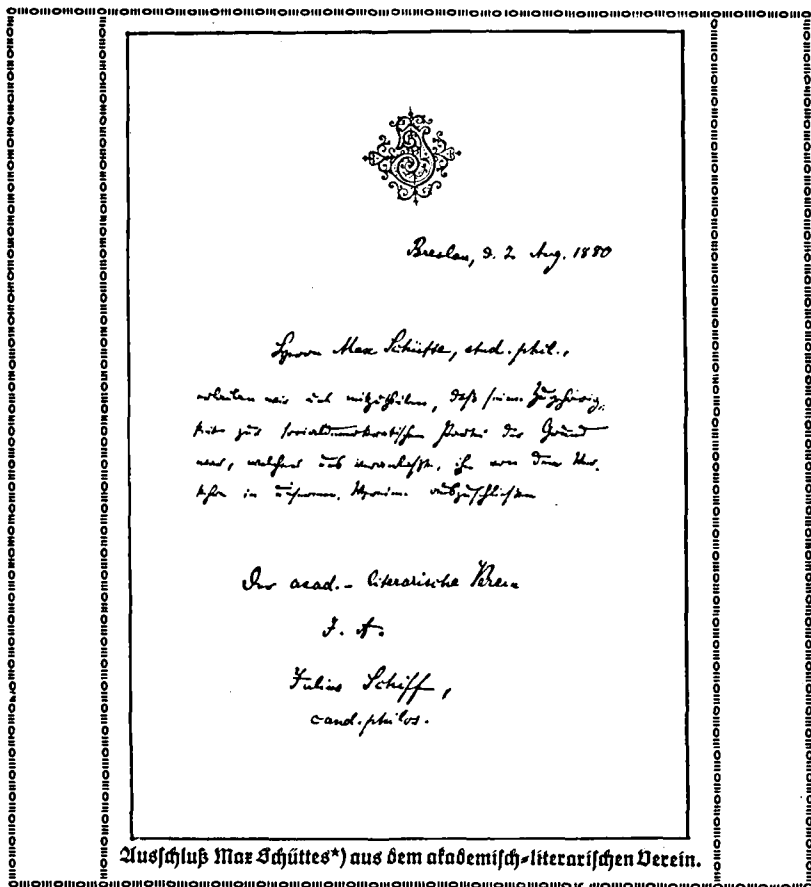
„Ich bin neulich in Breslau gewesen und logierte privat und war mit fünf bis sechs Freunden Nachmittags zusammen in meiner Privatwohnung. Meine Anwesenheit war der Polizei bekannt, sofort kam sie in Scharen, besetzte das Haus, und nahm eine peinliche Visitation meiner Koffer, sowie der ganzen Wohnung, der Leute, bei denen ich mich aufhielt und die nicht das Geringste mit meinen Tendenzen zu tun haben, vor. Wir, meine Freunde und ich, wurden sogar körperlich untersucht. Diese Ihnen geschilderte Ueberwachung folgte uns überall hin, wir sahen bei der geringsten Vermutung, daß ein Sozialdemokrat ein „Verbrechen“ begehen könnte, sofort Scharen von Polizei aufgeboten, sodaß man zu dem Glauben versucht ist, es gibt für die Polizei nichts weiter zu tun, als Sozialdemokraten zu überwachen.“

*) Julius Friedländer, Stadtrichter, Direktor der Breslauer Wechselbank. Geboren am 28. August 1834 zu Pleß. Vertrat in einer Legislaturperiode den Kreis Löwenberg im Reichstage. Gestorben am 27. Juni 1892. Friedländer war ein naher Verwandter Lassalles.

**) August Stroßer, Major a. D. in Berlin. Von 1903—1914 Vertreter der Stadt Breslau im preußischen Dreiklassenparlament. Konservativ. Selbst in dieser Partei fiel er als Reaktionsär auf.

***) Dr. jur. Albert Hänel, ord. Professor der Rechte zu Kiel. Geboren am 10. Juni 1833 zu Leipzig. Freisinniger Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Kiel.

Diese polizeiliche Fürsorge hinderte aber Bebel nicht, abends nach dem „Gorkauer Garten“ zu gehen, wo die Garde der Breslauer Sozialdemokratie gemütlich in diesem Gartenlokal an der Promenade saß und sich freute, ihren Führer einige Stunden in ihrer Mitte zu haben.



Einige Monate später besuchte Jgnaz Auer**) zum ersten Male die Breslauer Genossen; er befand sich in Begleitung von

*) Ein Bild Max Schüttes befindet sich in der zweiten Auflage des Band I, Seite 179.

**) Jgnaz Auer, Sattler, später Schriftsteller und Parteisekretär in Berlin. Geboren am 19. April 1846 in Dommelstadt (Niederbayern). Vertrat die Wahlkreise Auerbach und Glauchau im Reichstage. Gestorben 1907.

Max Kayser. Bei dieser Gelegenheit besichtigte er unter Max Schüttes Führung die Universität.

Als Schützte an dem Geburtstage Lassalles einen rot prangenden Kranz auf dem Grabe unseres Vorkämpfers niederlegen wollte, wurde er von einem Schutzmann daran gehindert. Er mußte den Kranz wieder mitnehmen, auch wurden seine Personalien festgestellt. Das politische Wirken Schüttes hatte ihm bereits an der Universität Unannehmlichkeiten bereitet, so hatte man ihn aus einer Studentenvereinigung ausgeschlossen durch nachstehendes Schreiben:

Breslau, d. 2. Aug. 1880.

Herrn Max Schützte, stud. phil.

erlauben wir uns mitzuteilen, daß seine Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei der Grund war, welcher uns veranlaßte, ihn von dem Verkehr in unserem Verein auszuschließen.

Der akad.-literarische Verein.

J. A.
Julius Schiff,
cand. philos.

Diese Achtung durch seine Kommilitonen ertrug Schützte mit leichtem Herzen, er fühlte sich wohler im Kreise der um ihre Rechte kämpfenden Proletarier.

Von dem ihr zur Verfügung stehenden Reptilienfonds machte die Polizei ausgiebigen Gebrauch und warb Spitzel an, die ihr Zuträgerdienste leisteten. So war zu einem Sonntage eine Zusammenkunft in den Gasthof „Zum Rothkretscham“, Ohlauer Chaussee, angesetzt worden. Wilhelm Zapke war zuerst da. Zu seinem Erstaunen fand er dort den Kriminalkommissar Mayer. Als Zapke eine Weile in der Gaststube gesessen hatte, mußte er austreten. Der Polizeibeamte ging ihm nach und hielt sich nebenan in dem Klosettraum auf, in dem Glauben, es sollten kompromittierende Schriften versenkt werden. Er hatte sich geirrt. Zapke verließ bald darauf das Lokal und ging nach der Stadt zu, um die weiteren Eingeladenen zu warnen. Sie sind dann an einem Wochentage zusammengekommen, ohne von der Polizei belästigt zu werden.

In den Werkstätten der Oberschlesischen Eisenbahn hatte der Schmied Dinter zwei Vorschmiede, Proske und Herde, wegen Verbreitung der „Freiheit“ an die Maschineninspektion verraten. Die Inspektion hatte nichts Eiligeres zu tun, als den Polizeikommissar Lehmann, der damals auf der Flurstraße sein Revier hatte, zu rufen. Lehmann nahm den Proske nach dessen Wohnung in der Lehmgrubenstraße mit und haussuchte bei ihm, jedoch ohne Erfolg. Proske und Herde wurden sofort aus der Arbeit entlassen und angeklagt. Proske wollte sich einer Bestrafung durch die Flucht entziehen. Am nächsten Tage zog er

mit seiner Frau, die Habseligkeiten auf dem Rücken, nach dem Märktischen Bahnhofs. Als er abends in Berlin weiterfahren wollte, trat ein Kriminalbeamter an ihn heran und fragte ihn, ob er aus Schlesien sei. Er beantwortete die Frage mit Ja und wurde auf die Polizeiwache gebracht. Die Breslauer Polizei hatte nach Berlin telegraphiert. Proske saß zehn Wochen in Untersuchungshaft; er sowie Herde wurden zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Um diese Zeit wurde auch die Bibliothek des früheren Sozialdemokratischen Vereins beschlagnahmt. Man fand sie bei einer Haussuchung in der Wohnung des Schuhmachers Grauer am Matthiasplatz, der zuletzt als Vorsitzender des Vereins amtiert hatte. Auch das Bücherverzeichnis stand auf dem Index und wurde mitgenommen. Was aus der Bibliothek geworden ist, blieb den Genossen stets verschwiegen. Vielleicht hat man sie verbrannt, vielleicht befindet sie sich auch jetzt noch auf dem Polizeipräsidium und die politische Polizei hat jahrzehntelang ihr „Wissen“ daraus geschöpft. Unter den beschlagnahmten Büchern befand sich auch Bebel's Buch: „Die Frau in der Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft“.

Die Reichstagswahl 1881.

Das Jahr 1881 war wieder ein Wahljahr. Schon frühzeitig traten die Parteien in die Wahlagitiation ein, nicht zuletzt auch die Breslauer Sozialdemokratie. Bereits Mitte Februar sollte ein Flugblatt Hasenclevers zur Verteilung gelangen. In dessen war es der Polizei bei einer der immer noch außerordentlich häufigen Haussuchungen geglückt, das druckfertige Manuskript dieses Flugblatts in die Hände zu bekommen. Obgleich eine gesetzliche Handhabe nicht vorhanden war, da es sich noch nicht um eine Druckschrift handelte, die hätte verboten werden können, wurde das Manuskript kurzerhand von der Polizei in „Verwahrung“ genommen. Es wurde von der Polizeibehörde an das Amtsgericht und später an den Regierungspräsidenten weitergegeben. Schließlich mochte man sich doch wohl darauf besonnen haben, daß die Konfiskation des Manuskripts ein ungesetzlicher Akt war und so wurde es, über und über mit Rotstiftstrichen versehen, Kräcker wieder ausgehändigt. So war zwar die Ausgabe des ersten sozialdemokratischen Flugblatts zur Wahl verzögert, aber keineswegs vereitelt worden. Es wurde bei Zimmer & Co. gedruckt und gelangte Mitte März zur Verbreitung. Das Flugblatt enthielt einen Rechenschaftsbericht Hasenclevers über seine Tätigkeit im Reichstage während der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Daran schloß sich ein Wahlprogramm für die Zukunft. Bezüglich der Frage der Zwangsinnungen erklärte das Flugblatt, daß diese zum

mittelalterlichen Junftzwange zurückführten und keinesfalls irgendeinen Vorteil gegenüber der sich immer mehr ausbreitenden Großproduktion mit ihrem System der Arbeitsteilung bringen könnten. Um dies anzunehmen, müsse man den Glaubensmut eines Don Quixote haben. In Wirklichkeit sei Hilfe nur von einer veränderten Produktionsweise zu erwarten. Zur geplanten Sozialgesetzgebung meinte Hasenclever, daß die beabsichtigten Maßnahmen zur Hebung der Arbeiterklasse ein schwerwiegendes Zugeständnis an die Forderungen der Sozialdemokratie seien. Aber man wolle doch nur die Arbeiterschaft mit leeren Redensarten abpeifen oder ihr höchstens einige Abschlagszahlungen gewähren, „die anderwärts wieder eskamotiert werden.“ Zur Peitsche gefelle man das Zuderbrot. Auch zur Zoll- und Steuerfrage und zum Militäretat äußerte sich Hasenclever, um schließlich darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie „alles für die Arbeiterklasse fordert und alles humane und Gemeinnützige unterstützt.“ Für seine Person versprach er, daß er „auch fernerhin, unbeirrt durch alle Hemmnisse und Verfolgungen, unbeirrt durch frivole Verleumdung und viele Lüge usw., in demselben Geiste wie bisher“ wirken werde. Hieran schloß sich ein Nachwort Kräfers, in dem dieser versprach, daß er, falls die Wahl im Westreife auf ihn fallen sollte, sich ebenso wie Hasenclever verhalten werde. Es sei Pflicht eines jeden braven Handwerkers und Arbeiters und jedes denkenden, humanen Menschen, sozialdemokratisch zu wählen.

Dieses Flugblatt, das in massenhafter Auflage als „Extrablatt“ in den Straßen ausgeben wurde und reißenden Absatz fand, gab natürlich wieder Anlaß zu einem ganzen Rattenkönig von Hausdurchsuchungen, zumal die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß am 15. März die Führer der schlesischen Sozialdemokraten zu einer Konferenz zusammengewesen waren, an der auch Hasenclever und Max Kayser teilgenommen hatten. In den anschließenden Tagen hatten die beiden Abgeordneten eine Anzahl von Fabriken und Betrieben, besonders solche im Westreife, besucht. Außerdem waren noch die beiden Flugblätter „Die Herrschaft der Verbrecher“ und „An das deutsche Volk!“, das letztere gedruckt in der Vereins-Buchdruckerei Zürich-Hottingen, trotz aller Wachsamkeit der Polizei in großen Massen untergebracht und sogar als Extrablätter in den Straßen abgesetzt worden. Bei beiden Flugblättern fürchtete die „Breslauer Morgenzeitung“, durch Wiedergabe des Inhalts mit dem Artikel 19 des Sozialistengesetzes in Konflikt zu kommen.

Nun setzte die Hausdurchsuchungsepidemie kräftig ein, sogar die Kasernen wurden durchsucht; nächtliche Polizeipatrouillen waren auf der Straße, um nach den verfluchten Flugblattverteilern zu fahnden, und ein harmloser Fortschrittsmann, ein biederer Schneidermeister, fiel aus Versehen der Sozialistenhege zum Opfer.

Er mußte eine hochnotpeinliche Haussuchung überstehen, worüber er sich in der „Breslauer Morgenzeitung“ mit amüsanter Kläglichkeit bitter beschwerte.

Wie die Furcht vor einer Berührung mit der Sozialdemokratie oder gar einer Identifizierung mit ihr, der elendesten Grundlosigkeit Vorschub leistete, dafür gaben die Hirsch-Dunderschen das beste Beispiel. Am 28. März veranstalteten sie eine Versammlung bei Liebig, in der sie Protest gegen die Unfallversicherungsverordnung der Regierung erhoben und eine Petition an den Reichstag beschloßen, mit dem Ersuchen um Ablehnung dieser Vorlage. Weil diese zwei Drittel aller Unfälle unversichert lasse und weil die Entschädigung für die verunglückten Versicherten unzureichend sei. An dieser Versammlung nahm auch eine Anzahl Sozialdemokraten teil. Der Vorsitzende verkündete aber, daß diesen das Wort nicht gestattet werden würde, aus „gesetzlichen“ und aus Nützlichkeitsgründen! Als sich dann nach dem eine ganze Viertelstunde währenden Referat der Zigarrenmacher E d u a r d F e l t e n b e r g zum Wort meldete, wurde er gefragt, für welche Partei er sprechen wolle. Die Antwort lautete: „Das ist eine komische Frage, ich bin Arbeiter.“ Er erhielt darauf nicht das Wort. Ebenso erging es einem anderen Arbeiter, in dem die Versammlungsleiter ebenfalls einen Sozialdemokraten vermuteten. Um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, wurde darauf kurzerhand die Versammlung geschlossen. Ueber die hinausdrängende Menge warf man von der Galerie aus Flugblätter herunter, in denen Kräfte Protest dagegen erhob, daß die Vorstände der Hirsch-Dunderschen öffentlich zwar alle ihnen nicht feindlich gesinnten Bürger zum Besuche der Versammlung eingeladen, zugleich aber im geheimen beschloßen hätten, die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter von der Versammlung auszuschließen. Durch diesen Beschluß hätten sich diese Leute als Helfershelfer der jetzt herrschenden Reaktion entpuppt, indem sie hierdurch nicht nur das Ausnahmegesetz unterstützt, sondern auch einem großen Teil der Arbeiter die politischen Rechte verkümmert hätten. Ein solches Verfahren kennzeichne diese traurigen Politiker zur Genüge; die Stellungnahme zu dem Unfallversicherungsgesetz-Entwurf sei für alle Arbeiter von größter Wichtigkeit, gleichviel welcher politischen Parteiansicht sie auch huldigen mögen. Ob nun die konservativen und nationalliberalen Reichstagsmitglieder, durch solche Taktik gerührt, ein größeres Gewicht auf die in der Versammlung zu fassenden Beschlüsse legen werden, das bleibe freilich abzuwarten. Bei dem Drängen um diese Flugblätter kam es zuguterletzt noch im Vorsaale zu einem Konflikt mit der Polizei, in dessen Verlauf ein der sozialdemokratischen Gesinnung Verdächtiger verhaftet wurde. Dadurch wuchs natürlich die Erregung und man verlöschte auch sämtliche Lichter, um dadurch die Menge zu veranlassen, daß sie sich schneller zerstreue.

In den nächsten Monaten hatten die Breslauer Sozialdemokraten neben den Hirsch-Dunderschen auch die christlich-sozialen Arbeiter zu bekämpfen. Der vielgenannte Maxilian Görlich hatte sich bemüht, einen christlich-sozialen Arbeiterverein zusammenzubringen und diesem sollen nach der „Schlesischen Volkszeitung“ an 4000 Mitglieder angehört haben. Genaueres über die Gründung festzustellen, ist nicht möglich gewesen. Immerhin aber ist es möglich, daß der Verein, dem bezeichnenderweise auch ein Freiherr v. Fehrenbach als Ehrenmitglied angehörte, eine zeitlang lebhaften Zuspruch aus den Kreisen der Arbeiterschaft erhielt. Denn Görlich war ein in allen Demagogenkriegen erfahrener Agitator, der in den Vordergrund des Programms seines Vereins die Forderung des Normalarbeitstages und einer Erbschaftssteuer gestellt hatte, so daß die neidische „Breslauer Morgenzeitung“ den Verein flugs als verdeckter sozialdemokratischer Gesinnung huldigend, der Öffentlichkeit denunzierte.

In dieser Zeit, in der die Sozialdemokraten eine fieberhafte Wahlstätigkeit entfalteten, indem sie fast täglich alle Stadtteile mit Flugblättern überschwemmten, ohne dabei, allen Polizeischikanen und Hausdurchsuchungen zum Trotz, erwischt zu werden, fällt eine lächerliche Haupt- und Staatsaktion der Polizei gegen den Reichstagsabgeordneten Max Kaiser. Am 5. Mai traf dieser auf dem Hauptbahnhof, von Dresden aus, in Breslau ein, um seine Mutter und seinen Bruder zu besuchen. Dabei beobachtete er, wie eine größere Anzahl von Polizeibeamten beim Einlaufen des Zuges den Durchgangswagen Dresden—Wien scharf ins Auge gefaßt hatten. Es war seine Abfahrt nach Breslau sofort telegraphisch von Dresden aus der Breslauer Polizei gemeldet worden. In Kohlsfurt aber hatte Kaiser den Wagen gewechselt und so entging er bei der Einfahrt den Blicken seiner vom Durchgangswagen hypnotisierten Späher. Doch er war erst einige Minuten vom Bahnhof entfernt, in den Straßen der Stadt, da trat plötzlich ein Herr an ihn heran, legitimierte sich als Kriminalkommissar und forderte ihn auf, ihm behufs Durchsuchung seiner Sachen zu folgen. Kaiser wollte den staatsanwaltschaftlichen Befehl zu einer Durchsuchung sehen; der Kommissar aber erklärte, er habe auch ohne einen solchen das Recht zur Visitation, da „Gefahr im Verzuge“ sei. Kaiser mußte mit zur Polizeiwache. Hier wurden sein Gepäck und seine Kleider gründlich durchstöbert, verschiedene Broschüren beschlagnahmt und er dann mit einer Bescheinigung entlassen, in der es hieß:

„Wegen Verdachts der Verbreitung verbotener sozialdemokratischer Druckschriften wurden, da Gefahr im Verzuge, bei dem Kaufmann Herrn Max Kaiser nachfolgende Druckschriften polizeilich mit Beschlag belegt: 1. „Die wahre Gestalt des Christentums“; 2. Ein Exemplar „Schweizerischer Volksfreund“; 3. Zwei Exemplare „Der freie Rüttler“; 4. Ein Exemplar „16 Briefe einer Nihilistin“; 5. Ein Prospekt von Johannes Wedde.“

K a y s e r erhob zwar bei dem Polizeipräsidenten Beschwerde, weil er die Druckschriften nur des Studiums und der privaten Lektüre halber, nicht aber um sie zu verbreiten, bei sich geführt habe. Einen solchen Grund wollte natürlich der Polizeipräsident nicht als stichhaltig anerkennen. Die Bücher verblieben der Polizei. Ein Strafverfahren konnte nicht eingeleitet werden. Kaiser aber hatte in der Zeit der Wahlagitatio**n** besseres zu tun, als sich mit der Breslauer Polizei um einige Druckschriften herumzustritten.

Der Reichstag beendete seine Arbeiten und wurde am 15. Juni durch kaiserlichen Erlaß geschlossen. Die Ankündigung des Termins der Neuwahlen ließ lange auf sich warten. Für die Sozialdemokratie waren die Aussichten nicht die besten, da die strenge Handhabung des Ausnahmegesetzes jede sichtbare Propaganda unmöglich machte. Dazu ging der Bundesrat gerade jetzt daran, den Belagerungszustand über Leipzig zu verhängen, wodurch die Agitation noch erschwert werden mußte. Unter den ersten von dort Ausgewiesenen befand sich Bruno Geiser, der nun mit Frau und fünf Kindern nach seiner Vaterstadt Breslau übersiedelte. Die Ausweisungsorder aus Leipzig wurde ihm erst zugestellt, als er bereits 2½ Monate in Schlesiens Hauptstadt wohnte. Doch er verließ die Heimat bald wieder, um die „Neue Welt“, die sozialdemokratische „Gartenlaube“, erst in Dresden und dann in Stuttgart zu redigieren.

Schon vor dem Reichstagschluß häuften sich in Breslau die politischen Versammlungen der Gegner. In Liebichs Etablissement sprach Justizrat M u n d e l (*) für die Fortschrittler; er machte einen günstigen Eindruck und wurde schon als zukünftiger Abgeordneter geführt. Die K o n s e r v a t i v e n machten mächtige Anstrengungen, um in Breslau bei der Wahl etwas auszurichten. Agitatorisch wirkten für sie fünf Vereine: Der Zweigverein der Deutsch-konservativen Partei, unter dem Vorsitz der Grafen von der Necke-Bolmerstein, der „Neue Wahlverein“ unter dem Vorsitz des Postdirektors Schiffmann, der Verein zum Schutze des Handwerks unter dem Vorsitz von Salzbrunn, der Deutsche Reformverein unter dem Vorsitz des Fabrikbesizers Ziegler. Der fünfte Verein wurde auf Veranlassung des Freiherrn v. Feschenbach auf Laudenburg gegründet, um ausschließlich die Interessen der Arbeiter und Handwerker zu vertreten und nannte sich „Verein zur Wahrung allgemeiner Arbeiterinteressen“. Vorsitzender war der Arbeiter Hübenett. Auch das Z e n t r u m war rege tätig. Es hielt Versammlungen ab, in denen der Schornsteinfeger M e h n e r (der „Schwärzeste der Schwarzen“), H a g e r u. a. sprachen. Von den Konservativen und den Ultramontanen wurde mächtig für

*) Carl August M u n d e l, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Geboren am 23. Januar 1837 in Pyritz. Später freisinniger Reichstagsabgeordneter. Gestorben am 10. April 1903.

Innungen gewirkt. Doch das einstige Bündnis war längst zerfallen; es hätte auch bei dem schlaunen Egoismus des Zentrums keinen festen Boden behalten. Da auch die Nationalliberalen für sich gehen wollten, mußte man darauf gefaßt sein, in jedem der beiden Breslauer Kreise fünf Kandidaten, einen Sozialdemokraten, Fortschrittler, Konservativen, Nationalliberalen und Zentrums-
mann aufzustellen zu sehen.



Paul Fiedler.

Am Abend des 12. Juni tagte im „Schießwerder“ eine große Versammlung, in der Ernst Henrici sprach, zu der nur christlich-deutsche Männer eingeladen waren. Drei Juden, die sich auch dazu eingefunden hatten, wurden von den Antisemiten verhaßen und an die frische Luft gesetzt. Auch hatten eine große Anzahl Sozialdemokraten an dieser Versammlung teilgenommen.

Das politische Leben der Genossen spielte sich in den sogenannten „Zirkeln“ ab, den Zusammenkünften der Parteiangehörigen in den einzelnen Stadtteilen. Dort wurde über die

Parteiarbeit, über Sammlungen, über die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ usw. beraten und Beschluß gefaßt. Eine Sitzung der leitenden Parteigenossen tagte Mitte Juni im „Zeltgarten“. Dieses Promenadenlokal war damals noch „unbescholten“, das heißt, in ihm waren noch keine sozialdemokratischen Zusammenkünfte von der Polizei entdeckt worden. Hier saßen unbeobachtet im Garten die Genossen um einen langen Tisch gruppiert, unter ihnen weilte Kühn aus Langenbielau. Von Breslauer Genossen waren anwesend: Kräcker, Schumacher, der Kupferschmied Paul Fiedler, die Tischler Carl Kulkmann und Schilowski, der Schuhmacher Josef Heisig, der Zigarrenmacher Alexander Jacob und andere. Hinzu kamen Schütte, der ihnen Grüße von Geiser übermittelte. Als die Musik „Deutschland, Deutschland über alles“ spielte, ärgerte der kleine, berbe, kampflustige Kulkmann sich darüber und wollte aufbrausen, doch die anderen lachten ihn aus. Auch Adolf Hepner*) gefellte sich zu ihnen, der einst in Leipzig den „Volksstaat“ redigiert und 1872 zusammen mit Bebel und Liebknecht wegen Hochverrats auf der Anklagebank gesessen hatte. Er war nach Breslau übergesiedelt und betrieb hier eine jüdisch-theologische Buchhandlung, er ließ sich aber wenig mit Politik ein. Bald drehte sich das Gespräch um die kürzlich erschienene Broschüre Hepners: „Vier Zeitfragen in neuer Behandlung“. Sie war in seinem Verlag erschienen und als Verfasser nannte er sich A. Ephren.

Von der Sozialdemokratie wurden nun die Reichstagskandidaten aufgestellt. In Schlessien waren es: für Breslau-Ost: Hasenclever, für Breslau-West: Kräcker, für Schweidnitz-Striegau: Kulkmann, für Waldenburg: der Porzellanmaler Hermann Braunschweig, für Reichenbach-Neurode und Glaz-Habelschwerdt: Kühn**) aus Langenbielau und für Görlitz: der Zigarrenmacher Hugo Keller. Agitiert wurde in den geheimen Zirkeln oder Klubs, die wöchentlich zusammentamen. In Breslau gab es eine große Anzahl dieser Zirkel. Das Abhalten eigener Versammlungen war verboten, das Reden in gegnerischen sehr erschwert.

Von den anderen politischen Parteien entwickelte in Breslau die konservative die rührigste Agitation. Von ihren Wortführern wurde häufig betont, man müsse die Handwerkerfrage gründlich

*) Später verließ Adolf Hepner Schlesiens Hauptstadt und übersiedelte nach Amerika. Dort war er einige Jahrzehnte Redakteur, in St. Louis und anderen Städten. Etwa 1920 kehrte er nach Deutschland zurück und besuchte auch einmal Breslau, ohne sich aber in Parteitreffen sehen zu lassen. Dagegen war Hepner Besucher des Görlitzer Parteitages. Er starb Ende April 1923 in München.

**) Herm. Aug. Kühn, Schneidermeister und Zeitungsverleger in Oberlangenbielau. Geboren 25. Oktober 1846 in Altenlahm (Schlessien).

in Angriff nehmen, also auch mehr Handwerker in den Reichstag senden. Der Verein zum Schutze des Handwerks hoffte daher, sein Vorsitzender Salzbrunn werde von allen konservativen Vereinen als Reichstagskandidat anerkannt werden. Am 28. Juli hielt Salzbrunn in einer Versammlung bei Pietsch einen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz und dann empfahl ihn Görlich in donnernder Rede zum Kandidaten. Weiß schlug vor, damit nicht eher an die Öffentlichkeit zu treten, bevor man sich mit den anderen konservativen Vereinen ausgesprochen habe. Nach langer Debatte wurde beschlossen, nur für den Fall, daß eine Verständigung mit den anderen Vereinen gelänge, die Kandidatur Salzbrunns aufrechtzuerhalten. Erfreut konnten die Genossen beobachten, daß sich im konservativen Lager Zwistigkeiten vorbereiteten.

Die Sozialdemokraten unternahmen am 31. Juli einen Ausflug nach einem Pöpelwitzer Lokal, um dort ungestört über die Wahlvorbereitungen zu sprechen. An dieser Zusammenkunft nahm auch der aus Leipzig ausgewiesene Schneider Ludwig Witt teil, der Vorsitzender des dortigen Arbeiterbildungsvereins gewesen war. Der Zigarrenmacher Paul Thiel berichtete bei dieser Zusammenkunft über einige Hausuchungen, die bei ihm stattgefunden hatten und bei denen er die Polizei gründlich geprellt hatte.

Anfang August ging den Genossen eine Begräbnisdemonstration verloren, die sie vor den Wahlen sehr gut hätten gebrauchen können. Im Alter von 32 Jahren starb an der Lungentuberkulose der Chemiker Edward Rother, der unter dem Namen Rothberg-Lindener einer der besten Mitarbeiter der von Geißer redigierten „Neuen Welt“ war. Sie erfuhren den Todesfall erst, als die Beerdigung bereits stattgefunden hatte. Rother war wegen seines Charakters und wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen in den Breslauer Parteikreisen sehr geachtet; die „Neue Welt“ brachte ihm einen ehrenden Nachruf.

Der konservative Verein zum Schutze des Handwerks hielt am 11. August eine Versammlung ab, in der der Böttcher Pohl über die bevorstehenden Wahlen sprach. Er empfahl, im Ostkreise v. Seydewitz und im Westkreise Salzbrunn aufzustellen. Darüber gab es eine erregte Debatte, an der sich der Fabrikbesitzer Ziegler, Salzbrunn, Görlich u. a. beteiligten. Es war zu ersehen, daß die Handwerker-Kandidatur Salzbrunns von vielen Konservativen mißbilligt wurde. Verärgert erklärten damals schon verschiedene Handwerker, bei einer Stichwahl zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten für die letzteren stimmen zu wollen.

Im „Endergarten“ trafen am Abend des 15. August die leitenden Personen der Sozialdemokratie wieder zu einer Besprechung zusammen, darunter Krämer, Friedrich, Fiedler und der Schmied Wilhelm Kunert, Kolporteur

der „Gerichtszeitung“. Inzwischen waren die allgemeinen Wahlen zum Reichstage für 27. Oktober angefezt worden. An diesem Tage sollte gewissermaßen die erste allgemeine Generalprobe auf die Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes gemacht werden. Bei der Wahl 1878 waren 437 158 Stimmen auf sozialdemokratische Kandidaten gefallen und es wurden 9 Abgeordnete gewählt. Als es 1881 in den Wahlkampf ging, wurde gleich wie 1878 sowohl von ausgesprochenen Regierungsorganen als auch besonders von der freiwillig gouvènementalen Presse aus dem konservativen Lager die Parole ausgegeben: „Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstag!“ In den belagerten Gebieten wurde mit Hochdruck gearbeitet. Schub auf Schub folgten die Ausweisungen. Von Flugblättern wurde alles konfisziert, was von unserer Partei ausging. Wer bei der Flugzettel- oder Stimmzettelverteilung betroffen wurde, wurde verhaftet und tage-, ja teilweise wochenlang in Untersuchungshaft gesetzt. Auf dem Lande holten die Gendarmen und Ortspolizisten die verteilten Flugblätter und Stimmzettel, die auf sozialdemokratische Kandidaten lauteten, wieder aus den Häusern ab. In vielen Gegenden wurde das Gerücht ausgesprengt, die auf sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen seien ungültig, da ein Sozialdemokrat nicht mehr gewählt werden dürfe. Das letzte Märchen wurde in Breslau nicht mehr geglaubt.

Am 22. August besuchten unsere Genossen recht zahlreich eine konservative Versammlung im „Russischen Kaiser“, in der der Privatdozent Dr. theol. K o f f m a n e und der Polizeiaffistent W i n t e r f e l d antisemitische Reden hielten. Gegen Winterfeld waren damals von jüdischer Seite Artikel veröffentlicht worden, worin ihm nachgesagt wurde, er habe schon zweimal wegen unbezahlter Schulden den Manifestationseid geleistet. Jetzt gab er in dem einen dieser Fälle für seine Handlungsweise den Antrich höchster Ehrenhaftigkeit und fand vielen Beifall. Nach Schluß dieser Versammlung gingen die Genossen gemeinsam nach dem „Endergarten“, und dort wurde erzählt, Winterfeld sei von dem Polizeidienste suspendiert worden. Dies bestätigte sich auch später. Bei dieser Zusammenkunft regte S c h ü t t e auch an, am Todestage Lassalles dessen Grab demonstrativ aufzusuchen und zu schmücken, da man damit agitatorisch wirken könne. Einige Genossen stimmten der Anregung zu. Um nicht wieder eine solche Erfahrung zu machen wie am 11. April, ging Schütte schon am 27. August nach dem israelitischen Friedhof und legte dort eine Girlande aus roten Blumen auf dem Grabe Lassalles nieder. Am 31. August ging er wieder hin und nahm einen Kranz von Eichenlaub und Tannengrün mit weißen Blumen mit. Seine Girlande prangte noch auf dem Hügel. Ein Polizist stand wachhaltend neben der Grabstätte. „Ganz unschuldig, nur weiße Blumen“, sagte Schütte zu ihm und legte den Kranz auf das Grab. Der Polizist gestattete es und erlaubte weiter, daß die anwesende Frau E k l a n d noch rote Aftern

in dem Kranze befestigte. Dabei räsonierte er über die Girlande und sagte, er sei schon am frühen Morgen eingetroffen, habe sie aber schon vorgefunden. Als ihm Schütte einiges über Lassalles Tod erzählte, hörte er aufmerksam zu. Von einem demonstrativen Besuche des Grabes hatten die Genossen Abstand genommen; auch wurde diesmal von der Partei kein Kranz niedergelegt.

Die Wahlvorbereitungen wurden im geheimen eifrig weiter betrieben, auch wurde das sozialdemokratische Wahlkomitee, bestehend aus Kulkmann, Rosenthal und dem Schneider Karl Büttner, bei der Polizei angemeldet. Inzwischen hatten auch die bürgerlichen Parteien ihre Kandidaten nominiert. Von fortschrittlicher Seite kandidierte im Westen Dr. Freund, im Osten der Fabrikbesitzer Beblo; vom Zentrum im Westkreise Meßner und im Ostkreise Dr. Porisch. Die Nationalliberalen, welche früher die stärkste Partei in Breslau gebildet hatten, zauderten lange und stellten dann im Westen den Justizrat Wachler und im Osten den Rämmerer v. Pffelfstein auf. Bei den Konservativen hielt die Spaltung an. Von den Deutsch-konservativen wurde im Westen der Oberstaatsanwalt Warmbrunn, im Osten v. Sendewitz*) aufgestellt. Aber der Verein zum Schutze des Handwerks und der Fechenbachsche Verein schlossen sich zusammen und stellten im Westkreise noch Salzbrunn auf.

Der „Neue Wahlverein“ hatte für den 10. September eine „Große Volksversammlung“ in den „Schiefswerder“ einberufen, zu der aber nur Deutsch-konservative und Mitglieder befreundeter Parteien eingeladen waren. In unseren Parteikreisen wurde lebhaft über die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Versammlung beraten. Der Zigarrenmacher Eduard Feltenberg, der damals in der Bewegung eifrig tätig war und sich auch rednerisch betätigte, riet, die Genossen sollten in starker Zahl dort auftreten und eine Sprengung versuchen. Andere rieten davon ab. Sie bezweifelten, daß es gelingen würde, die dazu nötige Anzahl Genossen zusammenzubringen. Schlug aber der Sprengversuch fehl, so bedeutete dies eine große Blamage. Auch hätte es keinen Zweck, die Konservativen zu reizen, da sie uns bei den Stichwahlen doch nur nützlich sein konnten. Der Vorschlag Feltenbergs wurde abgelehnt, doch ging eine größere Anzahl Genossen in diese Versammlung. Warmbrunn hielt dort seine Kandidatenrede und dann sprachen noch der Prediger Meßner von der Salvatorkirche und Dr. Koffmane. Nach Schluß gingen die Sozialdemokraten in ein neues Lokal und unterhielten sich über das Erlebte. Kulkmann ging mit seinem Hute umher und sagte, derselbe brauche neues Futter. Da wurden schleunigst

*) Dr. Otto Theodor v. Sendewitz, Wirklicher Geheimer Rat und Oberpräsident in Schlesien. Geboren am 11. September 1818 in Großradegast.

Groschen zu Wahlzwecken gespendet. In dieser Weise wurden oft Geldsammlungen im Stillen veranstaltet.

Im „Café-Restaurant“ tagte am 14. September eine Versammlung der Fortschrittspartei, in der Schirmer und Gräßner die Wahl von Weblo und Dr. Freund empfahlen. Zwischen den beiden Vereinen der Fortschrittler herrschte nun Friede. Die Sozialdemokratie vermied jetzt sehr eigene Wahlversammlungen, hoffte aber in einer anderen Form eine Versammlung zustande zu bringen und durch sie agitatorisch zu wirken. Ins Auge gefaßt wurde eine solche der Zigarrenarbeiter und Tabaksinteressenten. Die Notlage der ersteren war sehr arg, dazu drohte Tabaksmonopol und Tabakssteuer sie noch zu verschlimmern. In dieser Branche hatte die Sozialdemokratie erklärlicherweise sehr viele Anhänger und so konnte man hoffen, hier etwas zu erreichen. Im Reichstage hatte der konservative Junker v. Minnigerode erklärt: „Die Tabakarbeiter seien ganz besonders verwildert“, worauf ihm der Genosse v. Bollmar geantwortet hatte: „Hat er vielleicht unter dieser besonderen „Verwildertheit“ gemeint, daß die Zigarrenarbeiter die bestorganisierte, sozialdemokratische Gewerkschaft gehabt haben?“

Die letztere ehrenvolle Anerkennung spornte auch die Breslauer Tabakarbeiter an und Feltenberg betrieb das Arrangement mit Energie. Durch seine Bemühungen wurde von Zigarrenarbeitern ein Komitee gebildet und eine Versammlung im Tanzlokal zum „Deutschen Kaiser“ vorbereitet. Der Wirt erklärte sich einverstanden, die polizeiliche Anmeldung erfolgte und das Polizeipräsidium gestattete die Versammlung. Feltenberg und Schütte besuchten die Redaktionen der Zeitungen und baten, von der bevorstehenden Versammlung Notiz zu nehmen. Ueberall wurde ihnen dies versprochen. Schon waren an den Straßenecken die Plakate mit der Ankündigung der Versammlung angeklebt, da zog der Wirt die Saalzusage zurück, vermutlich unter polizeilichem Drucke. Dieser mißlungene Versuch rief in Parteikreisen große Mißstimmung hervor.

Die vorgeschrittene Jahreszeit verhinderte die Tagungen im „Endergarten“ und man siedelte nach dem „Meerschiff“ über. Dort trafen sich die leitenden Persönlichkeiten mit den tätigen Genossen, darunter waren der Schneider Köhler, der Zuschneider Lieb und der Zigarrenmacher Paul Fläschel, ein junger Mann von 25 Jahren, der schon seit einigen Jahren in verschiedenen Gegenden agitatorisch tätig gewesen und 1881 nach Breslau übersiedelt war. Vor dem Ausnahmegegesetz hatte er in Hamburg eine gewerkschaftliche Agitationschule besucht. Dann arbeitete er längere Zeit in Berlin und kam von dort nach Breslau. Angesichts der Wahlen war die Polizei wieder sehr auf dem Posten und hielt oft Hausdurchsuchungen ab. Zu den ersten, bei

denen diese stattfanden, gehörten Kräcker, Kulkmann und Friedrich, die man anscheinend für die Hauptmacher hielt. Es war nun an der Zeit, in Breslau und in der Provinz Flugblätter und Stimmzettel zu verteilen. Feltenberg und andere Genossen machten dazu eine Agitationstour durch den Wahlkreis Reichenbach-Neurode. Bei der nächsten Zusammenkunft erstatteten Wolf und Fläschel darüber Bericht. Triumphie-



Paul Fläschel.

rend teilten sie mit, daß es ihnen gelungen sei, gegen 12 000 Stimmzettel abzulegen. Vergeblich hätte der Reichstagskandidat August Kühn sich bemüht, in Reichenbach in einer fortschrittlichen Versammlung das Wort zu erhalten, obgleich man es ihm zugesichert hatte. Schauerlich klangen ihre Berichte über den Pauperismus in jenen Gegenden.

In einer im „Konzertsaal“ abgehaltenen großen Versammlung der Fortschrittspartei hielten Freund und Beblo ihre Kandidatenreden. Kräcker und die übrigen Genossen erlangten

Zutritt, während Feltenberg, den man wegen seiner Unverfrorenheit am meisten fürchtete, an der Tür zurückgewiesen wurde. Beblo trat zum ersten Male als Redner vor die Öffentlichkeit und benahm sich schüchtern und verlegen. Einmal blieb er stecken und suchte angstvoll in dem vor ihm liegenden Manuskript. Nach ihm sprach Freund weit sachlicher, verlor sich aber in zu großer Breite. Eigenartig berührte, daß der Vorsitzende Friedländer in der Schlussrede die Verdienste der Fortschrittspartei in den Jahren 1866 und 1870 um die Einigung Deutschlands herausstrich, während doch bekannt war, daß gerade in Breslau die Fortschrittler, geführt von Stein und Elsner, am allerhöchsten gegen Bismarcks Politik agitiert hatten. Unsere Genossen lächelten darüber, daß nun diese Partei ihre Loyalität so geffentlich zur Schau trug.

Den Vormittag des Sonntag, den 9. Oktober, benutzten die Genossen zur Verbreitung des Agitationsmaterials, in Kuverts gefalzt wurden die Stimmzettel und Wahlreglements den Wählern ins Haus getragen. Später trafen sich die Verteiler in Kräckers Laden, wo viele wieder berichteten konnten, daß bei ihnen Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten. Der Nachmittag brachte ein parteigenössisches Begräbnis. Gestorben war im Alter von 32 Jahren der Tischler Gustav Preuschast, der in Arbeiterkreisen bekannt und beliebt gewesen war. Seine Frau hatte es riskiert, die Beerdigung bis auf den Sonntag zu verschieben, um der Partei Gelegenheit zu einer Demonstration zu geben. Die Beerdigung fand nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause in der Brüderstraße aus statt. Auf dem Sargdeckel war eine große rote Schleife angebracht. Vor dem Trauerhause sammelten sich eine große Anzahl Sozialdemokraten an, darunter Kräder, Kulkmann, Feltenberg, Fiedler, Friedrich und Schütte. Von der „Gerichtszeitung“ waren Zimmer, Hövel und Kunert anwesend. Als der Sarg hinausgetragen wurde, waren reichlich 200 Männer und Frauen anwesend. Plötzlich durchlief ein zorniges Gemurmel die Reihen. Die Polizei war erschienen und hatte die rote Schleife vom Sarge nehmen lassen. Feltenberg nahm sie und befestigte sie an einem Kranze, den Schütte trug. Das Trauergefolge gruppierte sich hinter dem Leichenwagen. Hinter dem Sarge gingen Kräder und Kulkmann und zwischen beiden Feltenberg mit einem Kranze mit roter Schleife. Dann kam Schütte mit einem ebensolchen Kranze, zwischen dem Schlosser Gebel und dem Tischlermeister Julius Wiganb und dann das übrige Gefolge. Als das Leichengefolge durch die Straßen zog, schlossen sich beim Anblick der roten Schleifen noch viele Arbeiter dem Zuge an, so daß der Zug ständig wuchs. Auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde angelangt, fanden unsere Genossen die Polizei stark vertreten. Am offenen Grabe hielt Professor

Binder die Trauerrede. Dann wurden die Kränze und Schleifen auf den Sarg gelegt und mit ihnen wurde er versenkt. Die Genossen begaben sich nun in großen Trupps nach einem Gartenlokale in Pöpelwitz, umgeben von einer Anzahl verdächtiger Gestalten unter Führung des Geheimpolizisten Kühne.

Unter den gegnerischen Versammlungen, die unsere Genossen besuchten, sei noch die vom 17. Oktober erwähnt, die im „Schießwerder“ stattfand und in der Salzbrunn seine Kandidatenrede hielt. Sehr viele Sozialdemokraten waren anwesend, ebenso viel Ultramontane mit Meßner und dies konnten die Wähler Salzbrunn sehr brauchen, da die Zahl der ihrerseits Erschienenen für den Riesensaal sehr klein war. Feltenberg, der jüdischer Religion war, drängte sich etwas dreist vor und geriet in scharfe Auseinandersetzungen mit Antisemiten. Außer Salzbrunn sprachen noch Beck, Hübenett, Danieleit u. a., Meßner wollte das Wort ergreifen, doch wurde es ihm durch raschen Schluß der Versammlung abgeknitten. Beim Aufbrechen gelang es den Genossen, zu demonstrieren. Beim Betreten des Gartens nämlich brachte Wigand ein Hoch auf Kräder und der Drechsler Schönborn eins auf Hasenclever; Feltenberg eins auf die Sozialdemokratie aus und kräftig fielen die Genossen ein.

Am 18. Oktober tagte eine Versammlung des „Neuen Wahlvereins“ im „Russischen Kaiser“. Tags darauf wollte Dr. Freund in der Neuen Börse sprechen. Zahlreich besuchten unsere Genossen diese Versammlung. Erzählt wurde, (Birchow*) werde auftreten. Tatsächlich war auch der große Gelehrte auf der Rückreise von einer Orientreise in Breslau eingetroffen und von den Fortschrittlern trotz seines Sträubens gedrängt worden, in die Versammlung zu kommen. Als er im Saale erschien, wollte der Jubel kein Ende nehmen. Schleunigst eröffnete Friedländer und erteilte ihm das Wort. Birchow hielt eine kurze Ansprache über die Stellung der Fortschrittspartei und bemerkte dabei: „Das konstitutionelle Leben muß zur vollen Geltung kommen, so daß nicht die Minister dem Volke, sondern das Volk den Ministern Gesetze vorschreibt.“ Unter Hochrufen verließ er den Saal. Für Freund war es nun eine wenig dankbare Aufgabe, nach ihm zu reden. Kräder bat darauf ums Wort. Friedländer erklärte, jetzt könne er es ihm noch nicht erteilen. Es sprachen nun die Fortschrittler Simon und Haber, welche die Agitationsmittel der Konservativen, besonders Freibier und Freiheitheer, brandmarkten. Während nun Kräder herantrat, erklärte Friedländer die Tagesordnung für erschöpft und schloß

*) Dr. med. Rudolf Birchow, ordentlicher Professor der Medizin in Berlin. Geboren am 13. Oktober 1821 zu Schivelbein. Reichstagsabgeordneter, freisinnig. Starb am 5. September 1902.

schleunigst die Versammlung, trotzdem viele drängten, Kräder solle noch reden. Tags darauf verteilten sich die Genossen auf mehrere gegnerische Versammlungen. Kräder ging in die der Fortschrittler im „Weißen Hirsck“. Am Eingange zur Versammlung hatte man ihn gefragt, ob er sich zum Worte melden wolle, und als er bejahte, ihm den Zutritt verweigert. Feltenberg, bei dem in der vergangenen Woche vier Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten, Wolf, Büttner und Schütte gingen in das Lokal von Pietsch. Hier tagten Salzbrunn's Wähler. Man machte Schütte Hoffnungen, zum Worte zu kommen, doch durfte er nicht reden.

Ein Flugblatt, welches die Parteigenossen verbreiten wollten, wurde polizeilich verboten. Hasenclever, der die letzten Tage vor der Wahl in Breslau weilte, suchte möglichst demonstrativ vor die Oeffentlichkeit zu treten. Am 23. Oktober fanden sich die Genossen in großer Zahl in Scheitnig zusammen und besuchten nachher truppweise den „Stadthauskeller“. Tags darauf hielten sie eine Zusammenkunft in Weberbauers Lokal in der Zwingerstraße ab, die Hasenclever Gelegenheit zu einer Ansprache geben sollte. Zunächst sammelten sie sich zu Hunderten im Kellerlokale und formierten aus Mitgliedern eines Männergesangsvereins einen kleinen Chor, den der Zigarrenmacher Aron dirigierte. Als Hasenclever eintrat, hob Aron den Taktstock und ein Lied mit den Schlußworten: „Blühe, blühe, Männergesang!“ ertönte. Hochs auf Hasenclever und Kräder schlossen sich daran. Hasenclever hielt eine kurze Rede und mahnte alle, am 27. ihre Schuldigkeit zu tun. Lauter Beifall folgte seinen Worten. Dann verließen sie den Keller und gingen hinauf zum neuen Saale, der noch leer war und nahmen beim Biere Platz. Fortwährend kamen neue Genossen hinzu und das ganze machte bald einen versamlungsartigen Eindruck. Auch Schumacher, der sich zum Aerger der Genossen bisher von der Wahlarbeit gedrückt hatte, erschien und wurde freudig begrüßt. Ebenso hatte sich der Redakteur Carl Keller, früher an der „Wahrheit“, jetzt an der „Gerichtszeitung“ tätig, eingefunden. Die Polizei hatte bald Wind von dieser Zusammenkunft erhalten, denn ein Kommissar und Schukmann traten ein und nahmen mit dem den Wirt vertretenden Buchhalter Schweizer an einem Tische Platz. Doch die Genossen ließen sich dadurch nicht stören, sondern setzten ihre lebhafteste Unterhaltung fort. Vergeblich gab sich die Polizei Mühe, sie bei einer strafbaren, womöglich hochverrätherischen Handlung zu ertappen. Heißig zog ein Blatt Papier aus der Tasche und ließ es gedankenlos fallen. Ein anderer hob es auf, aber im Moment stürzte der Kommissar hinzu und entriß es ihm. Es war aber nur ein schlächter, leerer Bogen, den der Kommissar enttäuscht zurückgab, sich aber wieder auf seinen Platz zurückbegab. Heiterkeit ertönte. Kräder ging an den

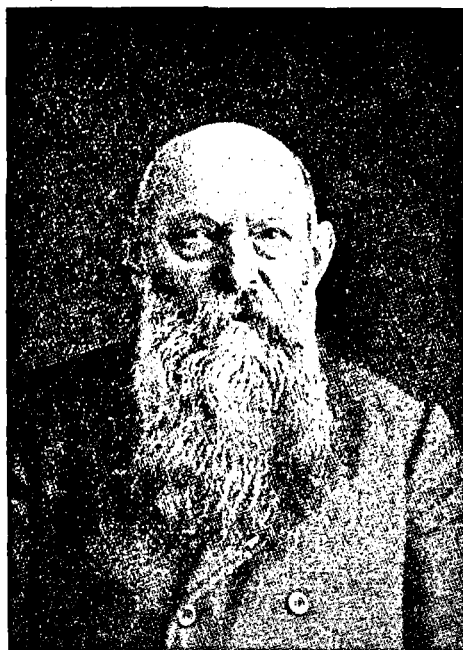
Tischen herum und bemerkte, viele Schoppen seien nicht bezahlt worden. Die Genossen verstanden den Wink und als W i g a n d mit seinem Hute herumging, fielen massenhaft Geldstücke hinein. Nach 11 Uhr erfolgte der Aufbruch. Plötzlich rief am Ausgange eine Stimme: „Hasenclever soll leben, hoch!“ Donnernd fielen alle ein und schwenkten die Hüte. Die Polizisten sprangen voll Mut auf, doch brachte F e l t e n b e r g noch schnell ein Hoch auf K r ä c k e r aus. Als es verklungen war, befahl der Kommissar mit mächtiger Stimme, in zwei Minuten müsse der Saal geräumt sein. Lachend folgten die Genossen dieser Weisung, doch wurde dabei noch ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Die „Morgenzeitung“ brachte bald darauf eine Lokalnachricht, wonach es H a s e n c l e v e r gelungen war, in einer rasch zusammengetretenen Versammlung eine Ansprache an seine Wähler zu halten.

Fatal kam der Sozialdemokratie ein neuer Zwist zwischen Regierung und Zentrum in Breslau. Der Fürstbischof Dr. F ö r s t e r war in Johannisberg verstorben. Als die Katholiken die Leiche hierher zur Beisetzung überführen wollten, wurde dies nach einigem Zögern von der Regierung zwar erlaubt, doch die Beteiligung der Behörden und Schulen untersagt. Dies war an sich ein großer Mißgriff und Wasser auf die Mühle der Ultramontanen, welche nun erst recht eine große Demonstration bei der Einholung der Leiche veranstalteten. Dies hatte zur Folge, daß die Ultramontanen sich noch mehr mit den Konservativen überwarfen. Die Sozialdemokratische Partei hatte auf beide Parteien als Bundesgenossen gegen die Fortschrittler in der Stichwahl gehofft, mußte jetzt aber darauf gefaßt sein, daß sie aus Feindschaft gegen einander dann verschiedene Wege gingen und das Zentrum für die Fortschrittler stimmen würde.

So kam der Tag der Wahlen, der 27. Oktober, heran, eifrig waren die Genossen an der Arbeit. Am Abend wollte man sich wieder bei Weberbauer treffen. Da der neue Saal nicht erleuchtet war, versammelten sich die heranströmenden Genossen in den Nebenräumen und im Billardsaale. Gegen 9 Uhr kam K u l f m a n n und meldete, es gebe wieder in beiden Breslauer Kreisen Stichwahl zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie. Als nun die Zusammenkunft wieder einen versammlungsmäßigen Zug annahm, trat der Buchhalter S c h w e i k e r auf und befahl, alle Anwesenden sollen sich setzen, und wer keinen Platz fände, das Lokal verlassen. Auf mehrfaches spöttisches Befragen erklärte er, er sei der Wirt und habe zu befehlen. Bald erschien H a s e n c l e v e r und nahm an einem Tische Platz. S c h w e i k e r, zu dem sich bald einige Polizisten gesellten, forderte ihn auf, sich zu entfernen. H a s e n c l e v e r erhob sich, zugleich aber auch die andern alle, sie brachten Hochs auf die beiden sozialdemokratischen Kandi-

daten aus und räumten die Lokalitäten. Schweizer stand am Eingange und mußte noch manchen derben Witj hinnehmen. Geschicht wurde verbreitet, der nächste Treffpunkt sei im „Stadthauskeller“, wo sich auch die Genossen in stattlicher Anzahl wieder zusammenfanden.

Im Ostkreise hatten Stimmen erhalten: Hasenclever 5243, Behlo 4335, Porsch 2359, Sendewitz 4152, Pffelfein 670.



August Kühn.

Im Westkreise: Freund 6021, Kräcker 4955, Warmbrunn 3430, Meßner 1543, Wachler 643, Salzbrenn 505.

In Deutschland waren auf die Kandidaten der Sozialdemokratie insgesamt 311 961 Stimmen entfallen. Zwar zeigte diese Zahl gegenüber der Ziffer von 1878 einen Rückgang, aber wenn man die Verhältnisse, unter denen damals die Wahlen stattfanden, mit denen von 1881 verglich, so konnte dieser Rückgang

nicht nur nicht überraschen, sondern es war geradezu wunderbar, daß der Unterschied in den Ziffern nicht ein viel größerer war. In den gegnerischen Kreisen war man denn auch höchlich überrascht über diese Erfolge. Die sozialdemokratische Presse war unterdrückt, die Versammlungen verboten und Flugblätter und Stimmzettel wurden konfisziert. Und trotzdem über 300 000 Wähler, welche durch ihren Stimmzettel Zeugnis gaben für die geächtete, vogelfrei erklärte Sozialdemokratie! Auch in den beiden Breslauer Wahlkreisen war ein geringer Stimmenrückgang zu verzeichnen. Was nun die praktischen Resultate der Wahlen betrifft, so hatte unsere Partei im ersten Wahlgang nicht einen einzigen Kandidaten durchgesetzt. Genosse Stolle, der, wie später im Reichstage konstatiert wurde, im 18. sächsischen Wahlkreise gewählt war, mußte sich ebenfalls noch einer Stichwahl unterziehen, weil der Wahlkommissar es verstanden hatte, die Majorität für Stolle wegzuzählen. Wenn aber auch die Partei im ersten Wahlgange keinen Abgeordneten durchsetzte, so stand sie dafür doch in 22 Wahlkreisen zur Stichwahl. (In den Stichwahlkämpfen traten die Genossen natürlich mit verdoppeltem Eifer ein.) Die Breslauer Stichwahl wurde auf den 7. November angelegt. Gelder zu Wahlzwecken liefen reichlich ein, auch Flugblätter wurden gedruckt und verbreitet. Die Genossen hofften mit Sicherheit auf den Beistand der Konservativen. Zwar schlug im „Neuen Wahlverein“ der Prediger Meper Wahlenthaltung vor, doch klangen die meisten Reden sehr zugunsten der Sozialdemokratie. Sie wurde als „harmlos“ hingestellt, die fortschrittliche Wahl als „schwarzer Fleck“ bezeichnet. Das „Schlesische Morgenblatt“ ermahnte die Wähler geradezu, im Westen nicht für den Juden Freund, im Osten nicht für den Judengenossen Behlo zu stimmen. Das war deutlich. Die Fortschrittler benutzten die Wahl in Elberfeld, wo die Konservativen aus Judenhaß gegen unseren Genossen Oppenheimer und für den Fortschrittler gestimmt hatten, um in einem Flugblatte die Breslauer Konservativen zu mahnen, ein gleiches zu tun. Die Genossen erwarteten, sie würden damit kein Glück haben und hofften zum mindesten auf den Ostkreis. Am Tage vor der Stichwahl machte die Sozialdemokratie noch die letzten großen Anstrengungen. Es wurde ein von Kulkmann verlegtes und bei Zimmer gedrucktes Flugblatt verbreitet, welches die Ueberschrift trug: „Wange machen gilt nicht!“ In rabiatem Tone forderte es auf, gegen die Fortschrittler Front zu machen und ließ es an Derbheiten nicht fehlen.

Der Stichwahltag, 7. November, zeitigte einen Vorgang, der selbst den seligen Ben Akiba zu einer Revision seines Satzes: „Es ist alles schon dagewesen!“ veranlaßt hätte. Den bisherigen Stadtkommandanten, General v. Wulffen, veranlaßte sein

Judenhaß, wie andere Konservative und Antisemiten, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Wulffen trieb seine Wut gegen die Fortschrittspartei so weit, daß er sich mit allen Mitteln an ihr rächen wollte. Er kleidete sich in volle Generalsuniform, stellte sich vor einem Wahllokale im Ostkreise auf, wo viel reiche Juden wohnten und verteilte Stimmzettel für -- Hasenclever. Daß dieser Vorfall großes Aufsehen hervorrief, ist begreiflich und gab auch zu vielen Wißen Anlaß. Sicher hat die Polizei gegen v. Wulffen Maßnahmen unternommen, doch ist darüber in der Deffentlichkeit nichts bekannt geworden, denn zwischen dem General und den Arbeitern bestanden keine Beziehungen.

Nach reger Wahlarbeit trafen sich die Genossen am Abend des Stichwahltages in der Aktienbrauerei von Wiesner, wo sie in dem großen Saale des Saisontheaters die Wahlnachrichten erwarteten. Auch mehrere Geheimpolizisten hatten sich eingefunden. Endlich brachte ein Genosse ein Extrablatt; sofort drängte sich alles um ihn und er las vor:

Im Osten: Beblo 6987, Hasenclever 8455 Stimmen.

Im Westen: Freund 7898, Kräcker achttausend —, er konnte die fehlenden 313 Stimmen nicht mehr aussprechen, solch betäubender Jubel entstand. Gleich darauf trat Kräcker mit Schumacher, Rosenthal, Kulkmann u. a. ein. Rosenthal rief in den Saal hinein: „Die Sozialdemokratie soll leben hoch!“ Viele stimmten ein, andere mahnten, still zu sein. Der Wirt erhob sich und bat um Ruhe. Dies geschah, nur wurde Kräcker noch allseitig gratuliert. Es hieß, Hasenclever weile in der „Zabrze.“ Truppweise begab man sich nun dahin. Auch dort waren viele Genossen versammelt und so war die sozialdemokratische Garde ziemlich vollzählig zusammen. Hasenclever, der an einem Tische in der Ecke des Saales saß, wurde allseitig begrüßt und beglückwünscht. Die Wut der Fortschrittspresse war erklärlich; sie zog besonders gegen die Konservativen ins Feld.

Von den 22 Stichwahlen fielen 13 zugunsten der sozialdemokratischen Kandidaten aus. Die Partei rückte also anstatt mit 9, wie in der vorhergehenden Legislaturperiode, mit 12 Abgeordneten in den Reichstag ein. Liebknecht hatte für Offenbach angenommen und Mainz ging in der Stichwahl verloren. Außer den in Breslau gewählten Hasenclever und Kräcker hatten noch folgende als Breslauer zu bezeichnende Genossen Mandate errungen: Marx Kasser für Freiberg und Bruno Geiser für Chemnitz.

In den anderen schlesischen Kreisen brachte die Partei keine Kandidaten durch.

Parlamentarische Auswirkungen der 1881er Wahl.

Wie die sozialdemokratische Vertretung der beiden Breslauer Wahlkreise wirkte, beweist eine Rede des fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Lasker*), die dieser der Regierung gegenüber gehalten hatte:

„Offenkundig liegt auch ein Beweis vor, von der geringen Wirksamkeit dieses Gesetzes in bezug auf die Ausbreitung der Sozialdemokratie, daß wir noch nie in diesem Hause so viele Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei unter uns gehabt, als gegenwärtig. Bis jetzt gab es in Deutschland noch nicht das Beispiel, daß die drittgrößte Stadt des Reiches (Breslau) nur von Sozialdemokraten im Reichstag vertreten wird und die Künste einer Wahlstatistik, wonach eine Partei, die eine weit größere Zahl Abgeordnete in den Reichstag stellt, dennoch in Abnahme begriffen sei, sind meinem gewöhnlichen Verstand nicht leicht zugänglich.“

Krämer brachte die Wahl zum Reichstagsabgeordneten die Einstellung eines Strafverfahrens, das gegen ihn bei dem Landgericht in Breslau schwebte. Es handelte sich um ein Preßvergehen (§ 131 des Strafgesetzbuches) wegen Herausgabe von Wahlflugblättern. Seine Jungfernrede konnte er bereits am 21. November halten, indem er einen Antrag betreffend Sistierung eines Strafverfahrens gegen Hasenclever begründete. Im Januar 1882 sprach er zum Gesetz betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik. Dabei wies er darauf hin, daß sich die Privatunternehmer und Fabrikanten mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in ihren Betrieben nach denen der Staatsbetriebe richteten. Von der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn in Breslau werden die Arbeiter wegen der kleinsten Vergehen am Lohne gestraft, sogar auf einige Jahre hinaus, selbst wenn die Leute schon 30 Jahre in dem Betriebe tätig sind. Diese Zustände hätten schon eine scharfe Kritik in der „Berliner Volkszeitung“ erfahren.

Weiter sprach er zur Gewerbeordnung und zur Unfall- und Krankenversicherung. Diese Zweige der sozialen Gesetzgebung beschäftigten damals die Arbeiterschaft sehr stark und es ist bekannt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen ihre Einführung stimmten, nachdem sie alle Versuche unternommen hatten, etwas Ausreichendes für die Arbeiterschaft herauszuholen. In der Ablehnungserklärung der Fraktion zur Krankenversicherung heißt es: „Es ist unmöglich, in dem Gesetz eine für die Arbeiterklasse heilsame Maßregel oder gar die Umbahnung einer ernsthaften Sozialreform zu erblicken. Deshalb werden wir gegen das Gesetz stimmen.“

Sinzu kam der scharfe Kampf, der damals von den Behörden und den Unternehmern gegen die freien Hilfskassen geführt wurde

*) Dr. E. d. Lasker, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Geboren am 14. Oktober 1829. Gestorben am 4. Januar 1884. Liberale Vereinigung.

und bei dem auch die fortschrittlich zusammengesetzte Breslauer Stadtvertretung Handlangerdienste leistete. Krücker kritisierte dieses Vorgehen in einer Reichstagsitzung, indem er hervorhob, daß im Februar 1882 die beiden Eisenbahndirektionen der Oberschlesischen und der Niederschlesischen Bahn bei der Stadtverordnetenversammlung in Breslau mit dem Antrage eingekommen seien, sie davon zu dispensieren, daß sie dem Hilfskassengesetz unterstellt würden. Die Stadtverordnetenversammlung gewährte der Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn sofort dieses Recht. Die Folge davon war, daß die Direktion, befreit von dem Zwange, dem Hilfskassengesetz gerecht zu werden, die Beiträge der Arbeiter erhöhte und die Leistungen ihrer Betriebskasse herabsetzte. Das war der erste sichtbare Erfolg des Entgegenkommens der Stadtverordnetenversammlung, wozu letztere gar kein gesetzliches Recht besaß. „Gesetz muß Gesetz sein, aber überall“, sagte der Breslauer Vertreter, „und Kommunen haben nicht das Recht, einzelne Leute von der Einhaltung der Gesetze zu entbinden.“

Später ist die Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn erneut an die Stadtverordnetenversammlung herangetreten und wünschte auch für ihre Betriebskasse von dem Hilfskassengesetz entbunden zu werden. Die Stadtverordnetenversammlung hatte beschlossen, dies nur zu gewähren, wenn die Bestimmung geändert würde, die die Arbeiter zwingt, der eingerichteten Betriebskasse als Mitglied beizutreten. Krücker schloß, indem er als genauer Kenner der Verhältnisse in den Eisenbahn-Betriebswerkstätten sagte: „Dies wird die Direktion ganz ruhig tun können, denn sie hat in den Werkstätten ein großes Plakat, worauf die Fabrikordnung gedruckt ist und in dieser heißt es: Wer der Kasse nicht beitrifft, kann hier nicht arbeiten! Die Direktion wird dadurch alles nach ihrem Wunsche durchsetzen, sobald eine Kommune sich anmaßt, deutsche Gesetze einzelnen gegenüber außer Kraft zu setzen.“

Schade, daß die sozialdemokratischen Arbeiter noch keine Vertreter im Stadtparlament hatten, die den fortschrittlichen Herren auf die Finger klopfen konnten.

Auch W i l h e l m B l o s benutzte zu seiner Reichstagsrede zum Krankenkassengesetz ein gut Teil Breslauer Material, das sicher von dem Krankenkassensachmann P a u l F r i e d r i c h stammte, dem alten Bevollmächtigten der Metallarbeiterfrankenkasse. Blos polemisierte gegen den bekannten Dr. M a x H i r s c h und wies darauf hin, daß die freien Hilfskassen unter den gegenwärtigen Verhältnissen in ihren Leistungen wesentlich beschränkt sein müssen. Und nun zog er einen Vergleich mit der Fabrikzwangskasse der L i n k e s c h e n F a b r i k, A.-G. in B r e s l a u, und der freien Krankenkasse der Metallarbeiter (E. S.) in Hamburg. Der wöchentliche Beitrag von 25 Pfennigen sei bei beiden Kassen der gleiche, doch der Vorteil in den Leistungen liege auf Seiten der freien Kasse.

Dies wies er zahlenmäßig nach. Hierzu komme, daß beim Austritt aus der Fabrikkrankenkasse die Arbeiter alle Rechte verlieren, während bei der freien Kasse die Mitgliedschaft bleibt und sich über einen großen Teil der deutschen Städte erstreckt.

Als weiteres Beispiel führte Blos den Betrieb der Niederschlesisch-Märktischen Eisenbahn an. Hier sei jetzt neben der Zwangsunterstützungskasse eine freie eingeschriebene Hilfskasse zugelassen. Auch hier wies er zahlenmäßig die Vorteile der letzteren nach.



Eduard Feltenberg.

Krämer brachte noch weitere Mißstände bei einer der Breslauer Eisenbahndirektionen zur Sprache und erzielte, daß ein großer Teil seiner früheren Arbeitskollegen von der Eisenbahn treu zur Sozialdemokratie hielt. Auch die Schilderung der nachstehenden selbstsüchtigen Ziele der Direktion fiel auf fruchtbaren Boden:

„Die königliche Direktion der Niederschlesisch-Märktischen Eisenbahn hatte, als sie die Werkstätten in Breslau errichtete, ebenfalls eine Krankenkasse eingeführt. Die Direktion hatte aber bis zum Jahre 1876, obgleich es in der Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, niemals den dort vorgeschriebenen Kassenbeitrag zu der Kasse geleistet, obgleich die

Maschinerverwaltung der Werkstätten zu gleicher Zeit die Verwaltung der Kasse hatte und später mußten sogar die Kassenmitglieder die Beamten der Direktion, welche die Kassenverwaltung führten, aus den Kassenbeiträgen besolden. Während der Choleraepidemie haben die Arbeiter das drei-, vier-, fünffache von Beiträgen aufbringen müssen.

Als 1876 die Werkstättenarbeiter eine eingeschriebene Hilfskasse errichten wollten, mußten sie 2½ Jahre auf die Bestätigung der Regierung warten, obgleich in dem Hilfskassengesetz die Vorschrift enthalten war, daß innerhalb von sechs Wochen der Bescheid der Regierung zu erfolgen habe. Die Direktion hatte die Errichtung nicht gewünscht.

Und **Max Kayser** nahm bei der Beratung der Krankenkassengesetze die Gelegenheit wahr, öffentlich zu konstatieren, daß man seinen Bruder, Dr. med. **Richard Kayser** in Breslau, nicht als Rassenarzt bestätigt hatte, weil dieser in ihm einen Bruder habe, der sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sei. „So etwas tut ein fortschrittlicher Magistrat!“ fügte er hinzu.

Hasenclever hatte sich die Sporen als Parlamentarier längst verdient. Seit 1869 hatte er dem Norddeutschen Reichstage angehört und war 1874 von Altona in den Reichstag gewählt worden. Als 1877 seine Wiederwahl erfolgte, hatte er abgelehnt, da ihn gleichzeitig Berlin IV als Abgeordneten entsandte. Der Altonaer Kreis ging bei der Nachwahl verloren und in Berlin IV wurde seine Wahl für ungültig erklärt. Der Streich ging jedoch daneben, denn die Berliner Nachwahl endete wieder mit Hasenclevers Sieg. Aber nach der Auflösung 1878 verloren die Genossen von Berlin IV ihren Kreis an die Fortschrittler. Jetzt löste Hasenclever den verstorbenen Reinders in Breslau-Ost ab. Auch nach der Wahl von 1881 trat er im Reichstage sofort wieder als wirkungsvoller Debatter in die Erscheinung.

Das **Zentrum** hatte bei dieser Wahl den Wünschen der christlichen Arbeiterschaft Rechnung getragen und einen Arbeitervertreter in den Reichstag entsandt. In sozialdemokratischen Kreisen war man sehr begierig, zu sehen, welche Haltung dieser Klassengenosse einnehmen werde. Deshalb erklärte **Max Kayser**:

„Ich erlaube mir nur beiläufig zu bemerken, daß wir den einzigen Arbeiterabgeordneten des Zentrums, den Abgeordneten **Stöckel***) vermissen müssen, weil er im Gefängnis gehalten wird auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses und daß die sonst so starke Partei des Zentrums sich noch nicht veranlaßt gesehen hat, irgend etwas für die Freiheit ihres Gesinnungsgenossen zu tun, damit er mitarbeiten kann und die Ansichten der katholischen Arbeiter rein hervortreten.“

Als dieser Konzessions-Schulze des Zentrums auch nach seiner Entlassung schwieg, versuchte ihn **Kayser** an der Zunge zu ziehen, indem er erklärte:

„Wir sind überzeugt, daß die katholischen Arbeiter der Zentrums-partei niemals einer Verlängerung des Ausnahmegesetzes zustimmen werden und persönlich bedauere ich nur, daß der eigentliche Arbeiter-

*) **Gerhard Stöckel**, Redakteur in Essen. Geboren am 5. Dezember 1835 in Griffenbach, Kreis Siegen. Zentrum.

abgeordnete des Zentrums, Herr Stökel, sich so wenig gerade bei diesen Gelegenheiten hören läßt. Wir würden dann die Stimmung in diesen Kreisen endlich einmal rein zur Geltung gebracht sehen.“

Ein Wahlprotest, der wieder recht deutlich die Wahlbeeinflussungen schlesischer Junker bewies, bot den sozialdemokratischen Rednern willkommenen Anlaß zur Kritik. Im 11. Breslauer Wahlkreise (Reichenbach-Neurode) war der Zentrumsmann Dr. Porsch gewählt worden. Porsch hatte das Mandat in der Stichwahl gegenüber dem konservativen Kandidaten Dierig errungen. Die Konservativen hatten aber nur wenige Stimmen mehr erhalten, als die Sozialdemokraten, deren Kandidat der Schneidermeister August Kühn in Langenbielau war. Da die Wahlbeeinflussungen nicht zugunsten des Zentrumskandidaten, sondern zugunsten der Konservativen erfolgt waren, entstand die Frage, ob je nach Beurteilung dieser Wahlbeeinflussungen, mit dem Dr. Porsch, der jedenfalls in die engere Wahl gekommen wäre, statt des konservativen Kandidaten der sozialdemokratische Kandidat hätte in die engere Wahl kommen müssen. Für diesen Fall behauptete der sozialdemokratische Wahlprotest:

„Da nun der liberale Kandidat Rechtsanwalt Munde 2187 Stimmen erhalten hatte und nach Erklärung der liberalen Wahlkomiteemitglieder und auch nach der Stellung der Partei im Kreise als sicher anzunehmen war, daß diese Stimmen in der Stichwahl sämtlich für Kühn abgegeben worden wären, die zirka 3000 konservativen Wähler sich weder für Dr. Porsch noch für Kühn ernsthaft engagiert haben würden, so wäre die Wahl Kühns fast ganz sicher gewesen. Denn die jetzt ziemlich große Majorität, die Dr. Porsch in der Stichwahl erzielt hat, erklärt sich dadurch, daß notorisch Liberale und Sozialdemokraten für ihn eingetreten sind.“

Seitens der Konservativen waren in einzelnen Orten mit äußeren Kennzeichen versehene Stimmzettel herausgegeben worden, die mit einer schmalen, doppelt umbrochenen Kante versehen waren. Wahlumschläge waren damals noch nicht eingeführt; der Stimmzettel mußte zusammengefaltet abgegeben werden. In den Wahllokalen sahen meist Leute als Wahlvorsteher, denen jeder Arbeiter persönlich bekannt war und die nun den wirtschaftlichen Druck ausüben konnten, wenn sie bei der Abnahme der Zettel merkten, daß der Arbeiter oder Geschäftsmann nicht konservativ gestimmt hatte. In Faulbrück war den Dominialarbeitern von ihren Vorgesetzten gedroht worden, daß, wenn sie nicht für den konservativen Kandidaten Dierig stimmten, sie entlassen würden. Auch auf anderen Dominiums erfolgten derartige Drohungen. So fuhr ein Inspektor E r f u r t mit zehn Knechten vor das Wahllokal, drückte ihnen dort konservative Stimmzettel in die Hände und begleitete sie bis in die Tür des Wahllokals unter der ausdrücklichen Drohung: „Ihr müßt Dierig wählen!“ Der Oberförster in Langenbielau hatte 23 Forstarbeiter in gleicher Weise zum Wahllokal geführt und es den Leuten unmöglich gemacht, überhaupt einen anderen Stimmzettel zu erhalten.

Der Abgeordnete v. U n r u h e - B o m s t wies demgegenüber darauf hin, daß die Oberförsterei in Langenbielau keine königliche, sondern ein Privatförsterei sei. Ueberhaupt handele es sich nur um Wahlbeeinflussungen von Privatarbeitgebern. Deshalb habe die Wahlprüfungskommission auf diese Angaben kein großes Gewicht zu legen geglaubt. Ein sonderbarer Standpunkt!

Der Reichstag lehnte den sozialdemokratischen Ungültigkeitsantrag ab und erklärte trotz der konservativen Wahlbeeinflussungen die Wahl für gültig.

Unter dem verlängerten Sozialistengesetz.

Am 17. November 1881 wurde der neue Reichstag eröffnet. Fast gleichzeitig erschien die bekannte kaiserliche Botschaft, in der die „Heilung der sozialen Schäden“ durch die „positive Förderung des Wohles der Arbeiter“ in feierlichster Weise versprochen wurde. Es wurde eben wieder einmal versucht, die Arbeiter den Regierungsplänen dienstbar zu machen. Die Breslauer Konservativen beschäftigten sich in einer bei Pietsch stattgefundenen Versammlung mit dieser Frage. Referent war der Staatsanwalt v. U e c h t r i c h - S t e i n k i r c h. Man versuchte erneut Stimmung unter den Handwerkern zu machen und der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. In dieser Versammlung beschlossen die Konservativen, an Bismarck eine Adresse wegen der kaiserlichen Botschaft zu richten. Ausdrücklich waren nur Konservative eingeladen, trotzdem ging F e l t e n b e r g mit einer Anzahl Genossen hin. Dies sollte einem von ihnen, dem Maler G u s t a v H e i l, übel bekommen. Als nach einer Rede des Predigers M e y e r ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde, blieb er sitzen, er soll auch eine geringschätzige Gebärde gemacht haben. H e i l wurde sofort schwer mißhandelt, ohne daß die anwesenden Polizisten sich rührten. Der Vorfall wurde in der Presse eifrig besprochen. Das „Schlesische Morgenblatt“ brachte einen stark parteiischen Bericht und schilderte Heil als einen rohen Patron, behauptete auch, er habe eine mündliche Majestätsbeleidigung ausgesprochen. Die „Schlesische Volkszeitung“ bezeichnete ironisch diesen Bericht als sehr unwahrscheinlich. H e i l war noch jung an Jahren, klein, mit braunem Barte. Trotz der bereits erhaltenen Prügel wurde noch gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Am 11. März stand er deshalb vor der ersten Strafkammer unter der Anklage der Majestätsbeleidigung und Körperverletzung. Den Vorsitz führte der Landgerichtsdirektor v. G r y c z e w s k y, im Zuhörerraum sammelten sich viele Genossen. Unter den aufgerufenen Zeugen befanden sich ein gewisser S t e r n i k k e und zwei Mitglieder des Vereins deutscher Studenten, H e i n r i c h H e r t w i g und der Referendar D i e t r i c h. Heils Personalien

wurden verlesen und dabei festgestellt, daß er schon zweimal vorbestraft war. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Bei der Urteilsverkündung konstatierte der Vorsitzende, Heil sei von der Anklage der mündlichen Majestätsbeleidigung freigesprochen worden; Sterniké habe zwar beschworen, er habe eine sehr grobe Beleidigung ausgesprochen, andere Zeugen dagegen, wie Hertwig und Dietrich, hatten nichts davon gehört, obwohl sie sich in nächster Nähe befunden hatten. Dagegen erklärte der Vorsitzende für erwiesen, daß Heil sich beim Kaiserhoch ostentativ niedergesetzt und eine geringschätzigé Gebärde gemacht habe. Dafür habe ihn der Gerichtshof zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Anklage der Körperverletzung war er freigesprochen worden, da erwiesen war, daß Sterniké ihn zuerst geschlagen hatte. Also neun Monate Gefängnis! — die Genossen waren ganz konsterniert. Als sie den Saal verließen und Sterniké sich sehen ließ, spuckten sie vor ihm aus. Es hätte nicht viel gefehlt, so wäre Lynchjustiz an ihm geübt worden. Die meisten Breslauer Zeitungen brachten lange Berichte über diesen Prozeß. Kläglich benahm sich dabei die „Breslauer Zeitung“. Sie stellte Heil gleichzeitig als Führer der hiesigen Sozialdemokratie und als sittlich verkommenen Kerl hin; beides war nicht zutreffend. Heil war in der Bewegung nie hervorgetreten, den weiteren Kreisen wenig bekannt und bei denen, die ihn kannten, war er wenig beliebt. Seine angebliche sittliche Verkommenheit gründete sich auf die unbedeutenden Vorstrafen. Er wurde vorläufig auf freiem Fuße gelassen. Den Genossen gab er wiederholt Winke, sie möchten ihm das Reisegeld nach Amerika aufbringen, doch geschah es nicht.

Max Kasper wohnte jetzt dauernd in Breslau und erfreute sich in Parteikreisen großer Beliebtheit. Unter seinen Freunden führte er den Spitznamen „Blutwurst“. Auch August Kühn weilte öfter in Schlesiens Hauptstadt. Maximilian Schlessinger, der sich inzwischen verheiratet hatte, ließ sich nur noch selten unter den Parteigenossen sehen, die über seine zunehmende Arroganz klagten. Adolf Hepper, dessen Geschäftslage längst keine gute war, hatte Breslau verlassen. Der Damenschneider Rösler war, wie so mancher andere brave Genosse, nach Amerika ausgewandert. Vereinzelt weilten auch Ausgewiesene in Breslau, so der aus dem Leipziger Belagerungsgebiet vertriebene Schriftsetzer Christoph Baum, der in Plagwitz Gemeindevertreter gewesen war. Er hatte versucht, in der Zimmerschen Druckerei zu arbeiten, mußte es aber wegen seiner wankenden Gesundheit aufgeben. Für ihn wurde Geld gesammelt, so daß er nach Wien und später nach Stuttgart gehen konnte. Er starb bald darauf. Der Maurer Riediger, ein Berliner Ausgewiesener, der noch immer stark für Hasselmann eingenommen war, spielte in der verflorenen Breslauer Wahlbewegung eine gewisse Rolle. Die Genossen ver-

kehrten damals sehr viel im „Kupferhammer“, wo es einen echt volkstümlichen Stoff, einfaches Bier und guten Korn, gab. Schumacher bildete hier meist den Mittelpunkt des Biertisches, er hatte gute Gelegenheit, seinen Mutterwitz zu entfalten. Andere Gruppen hatten wieder in der „Zabrze“ ihr Verkehrslokal aufgeschlagen, hier ließ sich auch noch manchmal Schlesinger mit seiner jungen Frau sehen. Im „Schweidnitzer Keller“ war es der „Bürgeraal“, in dem sich die Genossen öfter zusammensanden. Speziell verkehrten dort die in der Bewegung tätigen Zigarrenmacher Feltenberg, Jacob, Fläschel, Schuppe und Hermann Laste. Doch auch andere Genossen sah man öfter dort, wie Jüttner, Kulkmann, Büttner, Riediger, Fiedler, den Strohhutpresser Bittner, den Tischler Gustav Lübbe, genannt Kaufmann, den Drechsler Friedrich Bachsteffen, den Studenten Max Schütte und andere.

Trotz der gefährlichen und ernstesten Zeiten fehlte es in diesem Kreise nicht an Humor, dies beweist uns das nachstehende Gedichtchen:

Kräcker hält gern zum Narren,
 Und Feltenberg macht Zigarren.
 Der Schlesinger treibt Schacher,
 Schwadronieren tut Schumacher.
 Paul Fläschel, der mault immer,
 Es drückt sich stets der Jimmer.
 Max Schütte, der lauft weiter:
 In Breslau ist es heiter!

Am 18. Januar gaben Kräcker, Kulkmann, Jimmer und Hövel in der „Breslauer Morgenzeitung“ bekannt, daß ihr Freund, der Privatlehrer Josef Rosenthal, im Alter von 35 Jahren an Herzleiden gestorben sei. Noch bei der Reichstagswahl vor wenigen Monaten war er im Wahlkomitee für die Partei tätig gewesen. Schon am Nachmittage desselben Tages sollte er auf dem israelitischen Kirchhofe von der Leichenhalle aus begraben werden. Rosenthal hatte schon früher an Herzleiden gekrankt und am 16. war dies unerwartet in verstärktem Maße aufgetreten. Die Leiche wurde sofort nach dem Friedhofe gebracht. Der 18. war ein Wochentag, daher keine größere Demonstration zu ermöglichen. Nur eine kleinere Anzahl Genossen hatte sich zur Beerdigung eingefunden. Die Genossen geleiteten den Toten zur Gruft, wo Wiegand später einen Kranz mit roten Blumen auf dem Grabe niederlegte. Als die Beerdigungsteilnehmer auf dem Heimwege waren, begegnete ihnen ein Polizeikommissar und zwei Schutzleute. Darüber ertönte große Heiterkeit. Einer meinte, es sei auch an der Zeit gewesen, daß sie kamen, denn sonst würde Rosenthal sich im Grabe umgedreht haben vor Aerger, daß die Polizei von ihm im Tode keine Notiz nahm. In der „Schlesischen Presse“ erschien bald darauf unter der Spitzmarke „Sozialdemokratisches“ ein Lokalartikel über das Ableben einer „Kornphäe der Breslauer Sozial-

demokratie“. Er war sarkastisch gehalten. Eine große Lücke verursachte Rosenthals Tod übrigens nicht. Beliebte war er nie gewesen, obgleich er oft hervorgetreten war. Der kleine Verwachsene hatte sich gern den Anstrich geistiger Ueberlegenheit gegeben und machte glauben, er habe in Prag studiert, wurde deshalb auch häufig „Professor Rosenthal“ genannt. In Wahrheit entstammte er einer Priesterfamilie, die in Breslau in der Goldenen Kadegasse ansässig gewesen war, war erst Schneider, dann Zigarrenmacher gewesen, hatte solche Arbeiten bei seiner unglücklichen Figur nicht ausgehalten und war Buchhalter und Lehrer der Handlungswissenschaften geworden. Zu seinen Gaben gehörte eine schöne gesangliche Stimme, mit der er als Zigarrenmacher die Kollegen erfreut hatte. Er erzählte gern von seinen politischen Erlebnissen und Leistungen, behauptete auch, Vassalle in Berlin in einer Versammlung gehört zu haben. Da Rosenthal 1846 geboren war, war das noch möglich, doch wenig wahrscheinlich. In den Kreisen der Parteigenossen äußerte man nach seinem Tode, wir hätten nun in dieser Gegend drei berühmte Gräber (Vassalle, Reinders, Rosenthal), doch kam dasjenige Rosenthals bald in Vergessenheit.

Kräder hatte an Rosenthals Beerdigung nicht teilgenommen, weil er im Reichstage zu tun hatte. Hier verging einige Zeit, bis er wieder das Wort ergriff und das erregte oft das Mißfallen der Breslauer Genossen. Ueberhaupt wurde viel über seine Trägheit und Gleichgültigkeit geklagt. Am 23. Januar kam er bei der dritten Lesung der Berufsstatistik zum Wort, sprach auch später noch öfter. Als er wieder in Breslau weilte, gingen Feltenberg und andere ernstlich daran, eine Arbeiterversammlung zu inszenieren. Man hörte so viel aus Berlin, wo trotz des Sozialistengesetzes der Vergolder Ferdinand Ewald*) und andere Genossen Versammlungen abhielten und eine neue Gewerkschaftsbewegung ins Leben riefen. Deutlich zu merken war, daß gegenüber diesen Bestrebungen das Ausnahmegesetz gelinder gehandhabt wurde, vermutlich, weil die Regierung fürchtete, durch allzu straffes Anziehen der Zügel, sich die Arbeiter ganz zu entfremden, vielleicht auch hoffte, die neuen Führer allmählich auf ihre Seite zu ziehen. In Breslau suchten die Genossen nun eine ähnliche Agitation in Fluß zu bringen und hofften, hierzu das drohende Tabakmonopol ausnützen zu können. Ein Komitee wurde aufgestellt, in dessen Namen der Zigarrenmacher Julius Späth wirkte. Es sollte eine Versammlung der Tabakarbeiter

*) Ferdinand Ewald, Vergolder, Berlin. Trat als einer der ersten unter dem Sozialistengesetz agitatorisch auf. Mitbegründer der „Berliner Arbeiterzeitung“ (1883). Ward 1883 zum Stadtverordneten gewählt und wurde 1884 ausgewiesen, als nach einer Versammlung, der er präsiidiert hatte, Polizisten von der über die willkürlich verfügte Auflösung erregten Menge mißhandelt worden waren. Ewald lebt in Berlin in nicht sehr günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen.

und Interessenten, doch völlig nach sozialdemokratischem Muster, mit Bürowahl, Referat, Diskussion und Resolution werden. Als Referenten ersah das Komitee den Zigarrenarbeiter C h r i s t i a n F i s c h e r. Er war ein Schleswig-Holsteiner, war gleich den meisten vom Friesenstamme ernst und wortkarg, daher als Redner nie an die Öffentlichkeit getreten, bis er 1876 auf einem Verbandstage der Zigarrenmacher genötigt wurde, das Wort zu ergreifen, hatte da aber auch allen gefallen. Die Versammlung



Abgeordneter Freisähe im Kreise von Breslauer Zigarrenmachern.

| | | | | | | |
|---|--------------|---------|-----------------|------------|---|--------|
| ? | Jul. Späth | Heimann | Bischof | Zimmermann | ? | Ehlich |
| | Ehr. Fischer | | Fr. W. Freisähe | Rob. Ilmer | | |

wurde auf den 6. Februar, abends 8 Uhr, in Weberbauers Lokal einberufen und polizeilich genehmigt. An den Anschlagssäulen prangte ihre Bekanntmachung. Die Tagesordnung lautete: „Stellung zum Tabakmonopol und Absendung einer Petition an den Reichstag“. Der Referent wurde nicht genannt, und die Unterschrift lautete einfach „Das Komitee“. Daraus aber, daß die Plakate bei Zimmer & Co. gedruckt waren, konnte man ersehen, daß die Sozialdemokratie dahinter steckte. Der für diese Versammlung geplante große Saal war anderweitig besetzt und

die Genossen mußten sich daher mit dem Billardsaal begnügen. Dieser war im Moment überfüllt, und viele mußten umkehren. Am Eingange wurde ein Entree von 10 Pf. erhoben; zwei Polizeibeamte waren anwesend, auch fanden sich zahlreiche Journalisten ein. Außerordentlich begierig war man, ob die Polizei auch eine Bürowahl gestatten würde. Von ihr hatte man noch in der Versammlung vom Januar 1881 abgesehen, weil sie zu sehr an sozialdemokratische Versammlungen erinnerte. Pünktlich erhob sich Späth, schwang die Glocke, eröffnete die Versammlung und bat um Vorschläge zur Wahl des Vorstandes. Allgemein glaubte man, die Polizei würde dagegen einschreiten, doch geschah dies nicht, und so konnte wirklich ein Büro durch Zurufe und Abstimmung gewählt werden, ein Umstand, der keineswegs als nur äußerlich zu betrachten ist. Als dabei Feltenberg ausgerufen wurde, winkte er ab. Gewählt wurde Späth zum Vorsitzenden, Fläschel zum Stellvertreter, Kerger und Mohaupt zu Schriftführern. Fischer erhielt nun das Wort und referierte in sehr sachlicher und anschaulicher Weise. Eingehend beleuchtete er die Gefahren, welche das Monopol bringen würde. Um sie fernzuhalten, sei eine Petition der Arbeiter der einzig mögliche Weg. In Leipzig sei eine solche verfaßt und nach Breslau übersandt worden. Fischer verlas sie nebst der Motivierung und empfahl den Breslauern, sie zu der ihren zu machen. Nach einer Pause von fünf Minuten eröffnete Späth die Diskussion. An ihr beteiligten sich der Fortschrittler Tischler und die Genossen Feltenberg, Kräcker und Kulkmann. Alle bekämpften das Monopol, Feltenberg vom Standpunkt der Arbeiter, Kräcker von dem der Händler, Kulkmann von dem der Konsumenten aus. Feltenberg ging auch gegen die Erhöhung der indirekten Tabaksteuer vor. Kräcker mußte auf Verlangen beim Reden einen Stuhl besteigen. Seine Worte wurden mit riesigem Beifall aufgenommen. Die Petition wurde einstimmig genehmigt; die Versammlung von Späth geschlossen, ohne daß polizeiliche Eingriffe erfolgten. Die meisten Blätter sprachen sich über die Versammlung anerkennend aus, und die „Morgenzeitung“ billigte die weise Handhabung des Sozialistengesetzes. Versammlungen dieser Art wurden noch in vielen Städten versucht, meist mit gutem Erfolg, und das hob das Parteileben sehr.

Max Kanjer trug sich jetzt mit dem Gedanken, in Breslau ein neues Blatt, die „Schlesische Provinzial-Korrespondenz“, zu gründen, als deren Redakteur Karl Keller zeichnen sollte. Schütte und andere lieferten Beiträge, die bereits gesetzt waren. Doch fanden sich nicht die nötigen Mittel, und so erschien das Blatt nicht. Görlich, der einstige Sozialdemokrat, spätere antisemitisch-konservative Agitator, mit dessen Schwester Keller verheiratet war, hatte sich mit der Redaktion des „Morgenblatts“ entzweit und war aus ihr ausgeschieden. Er versuchte sich wieder

der Sozialdemokratie zu nähern. Seine bisherige Stelle hatte Winterfeld erhalten. Professor Brentano folgte einem ehrenvollen Rufe nach Straßburg, zu seiner Ehrung wurde ein Studenten-Kommers veranstaltet.

Das treffliche Gelingen der Versammlung vom 6. Februar ermutigte die Genossen, noch mehr auf diesem Gebiete zu versuchen. Sie planten eine große Versammlung im „Schiefwerder“. Auf der Tagesordnung sollten „Unfallversicherung und Tabakmonopol“ stehen, und die in Breslau wohnenden Abgeordneten v. Sendewitz, Graf Ballestrem, Dr. Porsch, Schröder-Lippstadt, Kräcker und Kayser persönlich eingeladen und dies auf den Plakaten angezeigt werden. Schon war die polizeiliche Genehmigung in den Händen der Genossen, da versagte der Wirt das Lokal, und so wurde nichts daraus.

Der Fetschenbachsche Arbeiterverein löste sich auf. Dafür wurde ein patriotischer Arbeiterverein gegründet. Dies geschah in einer großen Versammlung bei Pietzsch, wo Hübenett den Vorsitz führte und Winterfeld referierte. Kulkmann und viele Parteigenossen waren zugegen, doch gelang es keinem, zu Worte zu kommen. Der neue Verein hat es übrigens zu keiner Bedeutung gebracht.

Am 18. März durften die Sozialdemokraten nichts unternehmen. Dagegen berief der Wahlverein der Fortschrittspartei an diesem Tage eine große Versammlung ins „Konzerthaus“ ein, zu der Albert Träger*) als Redner eintraf. Zutritt hatten Mitglieder der Fortschrittspartei und der ihr befreundeten Parteien. Kräcker und eine Anzahl Parteigenossen hatten sich eingefunden, Feltenberg aber wurde nicht zugelassen. Etwa tausend Personen hörten sich Trägers Vortrag an. Tags darauf fand ein fortschrittlicher Parteitag statt. Eugen Richter, Träger und Hermes**) machten Agitationstouren durch die Provinz und hatten den Erfolg, daß eine Reichstagswahl in Bunzlau fortschrittlich ausfiel. Auch die Breslauer Konservativen strengten ihre Kräfte an und ließen Stöcker***) und Henrici aus Berlin kommen. Drei Tage lang prangte an den Straßenecken ein riesiges Plakat mit der Bekanntmachung einer Versammlung christlicher Bürger für den 25. März im Schiefwerdersaale, wo Dr. Ernst Henrici über Deutschlands politische

*) Albert Träger, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Geboren am 12. Juni 1830 in Augsburg. Langjähriger freisinniger Reichstagsabgeordneter.

**) Dr. phil. Otto Hermes, Direktor des Aquariums in Berlin. Geboren am 10. September 1838 zu Meyenburg. Freisinnige Volkspartei.

***) Christ. Adolf Stöcker, Hof- und Domprediger in Berlin. Geboren am 11. Dezember 1835 in Halberstadt. Langjähriger Reichstagsabgeordneter für Siegen. Konservativ, dann christlich-soziale Wirtschaftsvereinigung.

und wirtschaftliche Zukunft reden wollte. Henrici wurde mit Begeisterung begrüßt. Ziegler eröffnete, brachte das Kaiserhoch aus und erteilte ihm das Wort. Während Henrici sprach, ertönte Lärm auf der Galerie, wo ein Betrunkener seiner Unzufriedenheit allzu drastisch Ausdruck gab. Winterfeld eilte hinauf und half ihn entfernen. Leider war der Störenfried ein Sozialdemokrat, der Zigarrenmacher Anton Rappich. Den Genossen war dieser Vorfall sehr unangenehm, denn er lieferte den Gegnern einen Vorwand, sie als Radaubröder hinzustellen.

Auf Heils Prozeß sollte bald ein anderer sehr ernster folgen. Angeklagt waren Kräcker, Kulkmann, Zimmer und Feltenberg, in den Tagen der Wahl in Schlesien und Posen Flugblätter aufrührerischen Inhalts verbreitet zu haben. Auf den 8. April, morgens 9 Uhr, wurde die Verhandlung angesetzt. Zur Verteidigung hatte sich Schröder-Lippstadt bereit erklärt, doch trat für ihn sein Substitut Dr. Stephan ein. Eine große Anzahl Genossen, darunter Max Kayser, sammelten sich im Zuhörerraum. Der Vorsitzende Gryczewsky erklärte dem anwesenden Schutzmann, die Zahl der Zuhörer solle nicht beschränkt, sondern jeder, der es wünsche, zugelassen werden. Als Staatsanwalt fungierte Dr. v. Rheinbaben. Unter den Zeugen befanden sich der Polizeikommissar Roll und drei Genossen, nämlich Rappich, der Former Bein und der Drechsler Dswald Richter aus Striegau. Bevor man in die Verhandlung eintrat, stellte der Verteidiger Stephan den Antrag, sie zu vertagen, da es ihm in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen war, Einblicke in die in Posen befindlichen Akten zu nehmen. Der Staatsanwalt widersprach, doch wurde der Antrag angenommen und die Verhandlung auf den 22. April vertagt.

Tags darauf hatte die Partei Gelegenheit zu einer Demonstration. Der Zigarrenmacher Paul Thiel fühlte sich durch Nahrung Sorgen veranlaßt, nach Amerika auszuwandern und wollte am 9. April Breslau verlassen. Am Nachmittag kamen die Genossen in starker Zahl in einem Lokale in der Hubenstraße zusammen, das Hildebrandt, der einstige Wirt des „Meerschiff“, jetzt besaß. Er hieß sie freudig willkommen. Unter den Anwesenden befanden sich Kulkmann, Kräcker, Heisig, Lübke, Fiedler, Schütte und der Schneider Köhler. Die Polizei hatte schon von der Sache Witterung erhalten, denn Roll und mehrere Geheime tauchten auf. Am Abend gingen die Genossen, verabredetermaßen, truppweise in ein Lokal in der Nähe des Oberschlesischen Bahnhofes. Dort trafen sich mehrere hundert Genossen, zum großen Teile Zigarrenmacher. An einem Tische saß Thiel, eine rote Blume im Knopfloch, mit seiner Frau und seiner Tochter. Um den Abschied möglichst feierlich zu gestalten, suchte Aron eine Anzahl Sänger zusammen, übernahm die Direktion und ließ das Heimatlied singen. Thiel richtete an die

Genossen eine kurze Rede und nahm Abschied. Dann brachte Aron ein Hoch auf ihn aus. Noch zwei Lieder ertönten, auch hielten Kräcker und Kanfer Ansprachen, die mit lautem Beifall begrüßt wurden. Aron sammelte auf einem Teller Unterstützung für Thiel. Gegen 10 Uhr gingen die Genossen in stattlichem Zuge nach dem Bahnhofe. Mehrere Polizisten waren aufgestellt und überwachten den Abschied, konnten aber nicht verhindern, daß maliziöse Zurufe laut wurden. Als Thiel abfuhr, brachten die Genossen ein donnerndes Hoch auf ihn aus und zerstreuten sich dann. Bereits im nächsten Jahre kehrte Thiel aus Amerika wieder nach Breslau zurück.

Am 22. April fand die Gerichtsverhandlung gegen Kräcker und Genossen statt. Kräcker, der einen riesigen Stoß Manuskripte trug, durfte sich auf seinen Wunsch an einen besonderen Tisch setzen, um Notizen zu machen und seine Nachschlagewerke auszubreiten. Hinter ihm saßen Kulkmann, Zimmer und Feltenberg auf der eigentlichen Anklagebank. Grzycki eröffnete und ließ die Anklage verlesen. Alle vier waren beschuldigt, in zwei Flugblättern wissentlich erdichtete oder entstellte Tatsachen öffentlich behauptet und verbreitet zu haben, um dadurch Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen. Kräcker und Feltenberg waren ferner beschuldigt, zu derselben Zeit Druckschriften und zwar die obengenannten Flugblätter und im November vier andere Flugblätter öffentlich verbreitet zu haben, obwohl ihnen durch das Sozialistengesetz die Befugnis dazu entzogen war. Zimmer schließlich noch, den Kommissar Koll am 22. Oktober beleidigt zu haben. Auf Befragen des Vorsitzenden bestritten Kräcker und Zimmer die Verbreitung der Schriften. Zimmer gab zu, daß sie bei ihm gedruckt seien, berief sich aber auf ein Schreiben des Justizministers, worin ihm bedeutet worden war, in seinem Broterwerb dürfe er durch das Sozialistengesetz nicht beeinträchtigt werden. Geschickt verteidigte er sich wegen der Beleidigung. Koll hatte wohl schon zum fünfzigsten Male bei ihm Haussuchung vorgenommen, um Flugblätter zu beschlagnahmen. Als er keine fand, beschlagnahmte er Zimmers Privatbibliothek, und da rief dieser: „Herr Kommissarius, Sie haben sich Uebergriffe in Ihren Funktionen erlaubt!“ Zimmer gab dies zu, behauptete aber, in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt zu haben. Kulkmann und Feltenberg räumten ein, die Flugblätter verfaßt und verbreitet zu haben. Der Vorsitzende ließ die Blätter verlesen. Namentlich die Maigesetze und das Sozialistengesetz wurden in ihnen scharf abgeurteilt. Als Zeugen wurden zunächst Rappich, Bein und Richter vernommen, aber nicht vereidigt, weil der Gerichtshof sie als gute Sozialdemokraten kannte, und weil Rappich und Bein wegen Verbreitung jener Blätter zu je 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden waren. Durch ihre Aus-

sagen wurden die Angeklagten wenig belastet, desto mehr Kräder durch Briefe, die er zu Agitationszwecken nach Posen versandt hatte und die in die Hände der Polizei gefallen waren. Ebenso klangen Aussagen von Posenern, die kommissarisch vernommen waren, gravierend. Der Staatsanwalt plädierte in vollem Umfange auf Schuldig. Sein Antrag lautete gegen Kräder auf sechs Monate Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe, gegen Zimmer auf vier Monate, 100 Mark und 30 Mark, gegen Kulkmann und Feltenberg je drei Monate Gefängnis. Der Verteidiger Stephan hielt eine gründliche Rede und beantragte prinzipielle Freisprechung, eventualiter niedrigere Strafe. Von den Angeklagten verzichtete Kulkmann aufs Wort. Kräder, Zimmer und Feltenberg verteidigten sich dagegen sehr energisch und zogen sich durch ihre Schärfe mehrmals Ordnungsrufe zu. Als Feltenberg sagte: „Ich weiß wohl, daß ich nur als Sozialdemokrat verfolgt werde“, wurde ihm das Wort entzogen. Die Beratung dauerte lange. Gegen 2½ Uhr wurde das Urteil verkündet. Kräder war zu drei Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, eventuell noch fünf Tagen Gefängnis, Zimmer zu sechs Monaten, Kulkmann und Feltenberg zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das war eine harte Entscheidung.

Der Prozeß gegen Kräder und Genossen war vermutlich deshalb beschleunigt worden, weil der Zusammentritt des Reichstags bevorstand und in diesem voraussichtlich die Einstellung des Verfahrens gegen Kräder für die Dauer der Session beschlossen worden wäre. Als der Reichstag am 27. April zusammengetreten war, benutzten die Berliner Arbeiter die Anwesenheit der Abgeordneten gründlich zu großen Versammlungen, in denen sie auftreten konnten. So sprachen Kräder und Kayser in Berlin im Handwerkerfaale in der Sophienstraße über Tabakmonopol und Unfallversicherung. Die Bewegung wegen des Monopols wurde noch gründlich im Gange gehalten; die Leipziger Petition noch vielfach angenommen. Auch in Schlesien unternahm man in Parteikreisen weitere Schritte. In Ohlau wurde eine Versammlung der Tabakinteressenten veranstaltet. Christian Fischer sollte auch hier referieren, war aber verhindert, und so sprach Feltenberg. Die Versammlung war stark besucht, den Vorsitz führte Meißner. Feltenberg gefiel sehr als Redner und die Ohlauer Genossen gaben ihm auch zu verstehen, sie wollten ihn für die nächste Wahl zum Reichstage aufstellen. Bald aber sollte er erfahren, daß gegen ihn wegen der Ohlauer Versammlung ein neues Strafverfahren eingeleitet war. Es hieß, er habe als Referent gesagt, die Regierung verbrauche das durch Steuern aufgebrauchte Geld zu „Puppen und Kanonen“. Er wollte gesagt haben: „Zu Truppen und Kanonen“, doch sah die Sache immerhin bedenklich aus. Auch in Breslau hofften die Genossen auf neue,

von der Sozialdemokratie ausgehende Versammlungen, doch geschah nichts. Schumacher suchte oft gleich Feltenberg Leben in die Bewegung zu bringen und nahm sich dabei den Barbier Stephan förmlich als Knappen zur Seite. Das wunderte manchen, da Stephan wenig Talent verriet und neben solch einem befähigten und geistvollen Mann wie Schumacher sehr abfiel.

Am 12. Mai tagte im „König von Ungarn“ eine Versammlung des Reformvereins, in der der Rechtsanwalt Zentker einen Vortrag über das Tabakmonopol hielt. Er trat sehr dafür ein, fand aber selbst bei den Konservativen wenig Anklang. In der Diskussion äußerte Winterfeldt große Bedenken gegen das Monopol. Weiter kam Genosse Feltenberg zum Worte und bekämpfte Monopol und erhöhte Tabaksteuer sehr gründlich. Die meisten Versammlungsbesucher gaben ihm Recht. Zu den für jene Zeit charakteristischen Versammlungen gehörte eine öffentliche Schuhmacherverammlung im Wiesnerschen Saale. Sie ging von der Schuhmacherringung aus und richtete sich gegen die Einrichtung einer Schuhmacherbörse. Salzbrunn und Ahmann referierten. Sozialdemokraten waren viele da. Als Salzbrunn gelegentlich über die Sozialdemokratie herfiel, entstand Skandal, doch nahm die Versammlung einen friedlichen Abschluß.

Die Parteigenossen trafen sich weiter in ihren Zirkeln und bei Ausflügen, doch wurde allgemein die Klage laut, daß das Parteileben nicht emporkommen wolle, namentlich im Vergleiche zu Berlin, wo es wieder sehr auf der Höhe stand. Ueber Krüder wurde besonders viel geklagt. Wenn er in Breslau war, benahm er sich fast völlig apathisch und hatte auf die meisten Anfragen nur ein „Weiß nicht“ zur Antwort. Man hörte in Parteikreisen sagen, da sei Reinders doch ein ganz anderer Kerl gewesen. Es war bekannt, daß die Verbreitung des „Sozialmokrat“ und die Sammlung von Parteigeldern in Breslau längst ins Stocken geraten war. Da wurde der Wunsch laut, Abgeordnete möchten nach Breslau kommen und die gesunkene Agitation heben. Tatsächlich wurde auch in den engeren Parteikreisen bekannt, Hasenclever plane am Himmelfahrtstage nach Breslau zu kommen, um der hiesigen Partei eine neue Organisation zu geben.

Die Breslauer Genossen leiteten auch die Agitation für die Provinz Posen, wozu sie das in polnischer Sprache geschriebene Material aus Genf (Schweiz) bezogen. Von dort aus waren zwei aus Warschau geflüchtete Revolutionäre, der Genosse Mendelsohn und Frau Jankowska, eifrigt bestrebt, Anhänger unter der polnischen Arbeiterschaft zu gewinnen. Ihnen zur Seite stand der jugendliche Buchbindergehilfe Konstantin Janiszewski, der aus Grätz in der Provinz Posen stammte. In seinen Wanderjahren lernte er den Sozialismus kennen und in Genf schloß er sich sofort dem Komitee der polnischen Sozial-

demokraten an. Um die Herstellung der Schriften zu verbilligen, erlernte er das Schriftsetzen. Die polnischen Genossen konnten nun ihre Zeitungen, Broschüren und Flugblätter selbst setzen und drucken; sie brachten die fertigen Exemplare auch selbst bis zur Grenze, manchmal sogar bis an Ort und Stelle. Da die Einnahmen knapp waren und die Genossen sparsam wirtschaften mußten, mieteten sie sich ein kleines Haus und bereiteten sich ihre



Constantin Janiszewski.

Mahlzeiten selbst. Sie bildeten somit eine kleine Kommune, die der Bewegung zuliebe ihr Tun und Können unentgeltlich zur Verfügung stellte. In der Provinz Posen planten sie ein intensiveres Vorgehen und ersuchten daher die Breslauer Parteifreunde im Jahre 1881 um eine Zusammenkunft. K r ä d e r nahm die Sache in die Hand und die Polen folgten der Einladung nach Breslau. Nachdem sie hier ihre Angelegenheiten erledigt hatten, siedelten sie nach Posen über, wo sie ein großes Arbeitsfeld vorfanden. Von Organisation war keine Spur; wie überall in Deutschland waren es auch hier die Zigarrenmacher, welche am

besten zusammenhielten, und mit deren Hilfe sie versuchten, die Arbeiter heranzuziehen, um sie über ihre Klassenlage aufzuklären.

Aber es dauerte nicht lange, bis die Polizei aufmerksam wurde, um so mehr als auch die Posener polnischen Blätter auf die Gefahren der sozialdemokratischen Agitation unter den Polen aufmerksam machten. Jetzt ging die Jagd gegen die polnischen Genossen los. Nach und nach wurden sie verhaftet und in das Posener Untersuchungsgefängnis gebracht. Nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft wurde die Verhandlung gegen Mendelsohn und Genossen auf den 20. Februar 1882 anberaumt. Diese Verhandlung dauerte eine Woche und endete mit der Verurteilung sämtlicher Angeklagter. *J a n i s z e w s k i* erhielt wegen Aufreizung zum Klassenhaß zwei Jahre und drei Monate Gefängnis, die er in Plözensee bei Berlin verbüßte.

Spizelwesen und Spizelfurcht.

Als es nicht gelang, die sozialdemokratische Bewegung den Regierungszwecken dienstbar zu machen, da ging man darauf aus, in die sozialdemokratischen Reihen Zwiespalt zu tragen, die Partei in eine „radikale“ und eine „gemäßigte“ zu spalten. Zu diesem Behufe wurde zunächst ein ganzes Heer von Spizeln mit der Aufgabe betraut, sich unter die sozialdemokratischen Arbeiter zu mischen. Dann wurden über die bekannnten Führer die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet und besonders auch in die ausländischen Blätter lanziert, um so das Vertrauen der Arbeiter zu erschüttern. Unter *B u t t k a m e r s* Regiment begannen die agents provocateurs ihr elendes Handwerk im großen zu treiben. Dieses in größtem Umfange gezüchtete Treiben der Spizel ist eine der widerlichsten Erscheinungen in der Geschichte des Sozialistengesetzes. Es gelang in sehr vielen Fällen Spizel zu überführen oder die Schliche bezahlter Schufte aufzudecken. Alle diese hatten die spezielle Aufgabe, unschuldige und unwissende Arbeiter dadurch ins Verderben zu reizen, daß sie sie zu unüberlegten oder verbrecherischen Handlungen verführten, um sie dann der Polizei auszuliefern und diese in die Lage zu versetzen, sich mit ihrem „Fang“ zu brüsten und aus jedem derartigen Fall einen neuen Beweis für ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit herzuleiten.

Zum ersten Male wurde das elende Spizeltreiben gerichtlich festgestellt in dem ersten großen Hochverratsprozeß unter dem Ausnahmegesetz: *D a v e* und Genossen, wo neun Angeklagte, welche im Oktober 1881 vor dem Reichsgericht standen, zusammen zu 18 Jahren und 11 Monaten Zuchthaus verurteilt und von den zehn Monaten Untersuchungshaft auch nicht ein Tag angerechnet wurde. Von den übrigen Verhafteten erhielten mehrere Gefängnisstrafen bis zu 11 Monaten, in Untersuchungshaft hatten

sich alle wochen- und monatelang befunden. Auch den Schneider H o r s c h in Frankfurt a. M. hatte man zunächst in Haft genommen, der gegen eine wöchentliche Entschädigung von 20 Mark vom dortigen Polizeirat R u m p f f in Dienst genommen war. Die Untersuchung in Berlin wurde durch den Untersuchungsrichter H o l l m a n n geführt. Diesem entdeckte sich H o r s c h und ebenso wandte sich Rumpff für seinen Schützling an den Richter. Letzterer ließ nun natürlich den H o r s c h laufen, konnte aber doch nicht verhindern, daß in der Verhandlung vor dem Reichsgericht das ganze Treiben dieses Lumpen festgestellt wurde. H o r s c h hatte in Rumpffs Auftrage Verbindung mit den Anhängern Moßts gesucht und gefunden, die „Freiheit“ abonniert und verbreitet und schließlich „Säuren“ besorgt, mit denen gegen R u m p f f selbst angeblich ein Attentat ausgeführt werden sollte. Als so durch Rumpff und sein Werkzeug alles auf das Schönste vorbereitet war, wurde das Netz zugezogen und etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Ein notorischer Fälscher und Betrüger namens S c h n i t z e r, der sich in Untersuchung befand, wurde zur Spitzkelei gegen die in Haft befindlichen Anhänger Moßts (der seit seiner Ausstoßung aus der Partei tiefer und tiefer gesunken war und sich äußerlich zur anarchistischen Richtung bekannte) verwandt. S c h n i t z e r wurde mit einem der Angeklagten in eine Zelle gesperrt und durfte zur Herbeischaffung kompromittierender Briefe und Schriftstücke, wozu er von seinem ahnungslosen Zellengenossen den Auftrag erhalten hatte, Ausgänge nach Berlin machen, wobei auf Polizeikosten geachtet und bis zu 20 Mark verjubelt wurden. Alles dies wurde in der Gerichtsverhandlung vor dem Reichsgericht festgestellt, das Zeugnis des H o r s c h auch abgelehnt und über die Art seiner Verwendung von dem Vorsitzenden ein Tadel ausgesprochen.

Auch die Laten des Spitzels S c h m i d t und viele ähnliche derartiger „Ehrenmänner“ waren den Breslauer Genossen bekannt geworden. Sie pakteten auf, daß sich nicht ähnliche Elemente in ihre Reihen einnisten. Doch schon am 11. August 1881 mußten sie vor einem solchen Manne öffentlich warnen. In der Nr. 33 des „Sozialdemokrat“ erließen sie die folgende

Warnung.

Wir warnen hiermit alle Genossen vor einem gewissen August S c h n e i d e r in Breslau, Kürschnermeister, Kohlenstraße 2. Der saubere Patron spielt sich als Parteigenosse auf, hat sich aber neuerdings als gemeiner Denunziant erwiesen, indem er, unter Assistenz seiner Familie, zwei bei ihm arbeitende Genossen ganz infam denunzierte.

Doch der Spitzelverdacht richtete sich auch manchmal gegen einen Unschuldigen. Dies mußte M a x S c h ü t t e an sich erfahren. Blutjung kam er im Sommer 1877 nach Breslau, um hier sein Studium zu beginnen. Er stammte aus Stralsund, wo sein Vater als Oberlehrer an der Realschule wirkte. Wie er mit

einem derben Stocke ausgerüstet seine erste sozialdemokratische Versammlung besuchte, ist bereits geschildert worden; auch daß er dort sein Damaskus fand und aus einem Saulus ein Paulus wurde. Mit jugendlichem Feuereifer wirkte er nun für die Ideen der Sozialdemokratie, auch unter seinen Kommilitonen, und suchte persönlichen Verkehr mit den leitenden Personen der Breslauer Bewegung. Später setzte er seine Studien in Leipzig und Berlin fort, in beiden Orten lernte er die leitenden Personen der deutschen Sozialdemokratie kennen und knüpfte persönliche Bekanntschaften mit ihnen an. 1880 kehrte er an die Breslauer Universität zurück und bewegte sich weiter in sozialdemokratischen Kreisen. Durch verschiedene Umstände war nun der Verdacht aufgetaucht, Schütte sei ein Polizeispitzel. Man begegnete ihm allgemein mit Mißtrauen, mied seinen Verkehr, oft sogar in verletzender Weise. Schütte mag schwer darunter gelitten haben, doch er blieb seiner Ueberzeugung treu, was ihm später seine Stellung kosten sollte, und versuchte sich weiter nützlich zu machen. Ueber das Schiedsgericht, welches seine Rehabilitation herbeiführte, berichtet er selbst: „Am Abend des 22. Oktober 1881 trat ich in Kräders Laden und fand eine große Anzahl bekannter Genossen versammelt. Sofort zeigten einige erregt auf mich und riefen: „Da ist er ja selber!“ Ein Herr reichte mir freundlich lächelnd die Hand — es war Hasenclever, der soeben in Breslau eingetroffen war. Rosenthal hielt mir in spöttischem Tone vor, eben sei von mir die Rede gewesen. Hasenclever sprach behaglich davon, er wolle jetzt ein Glas Bier trinken gehen. Vorgesprochen und genehmigt wurde dazu der „Schweidnitzer Keller“. Truppweise begaben wir uns dorthin und nahmen im „Bürgerhalle“ am großen Tische unter dem letzten Fenster Platz. Es sammelten sich immer mehr Genossen und beschlagnahmten auch die umliegenden Tische und Plätze. Hasenclever und Kräder saßen in der Mitte des großen Tisches, ich ihnen gerade gegenüber. Und nun passierte mir etwas Unerwartetes — ein Parteigericht wurde über mich abgehalten. Zuerst richtete Hasenclever an mich in freundlichem Tone einige Fragen über mein Ergehen und meine Studien und erzählte dann, bei seiner Ankunft in Breslau sei er erst auf dem Bahnhofe, dann in der Zimmerschen Druckerei und nachher in Kräders Laden mit Fragen über mich und meinen Charakter bestürmt worden, und er habe warm für mich Partei genommen. Er kenne mich hinreichend von Leipzig her. Ich sei heißspornig und unvorsichtig und spräche namentlich in der Bezechttheit mehr, als ich sollte, sei aber absolut kein Spion. Viel aus früheren Tagen führte er dafür an. Nach ihm ergriff ich das Wort und verteidigte mich in einer Rede, die zwar unvorbereitet war, mir aber desto mehr aus dem Herzen kam und daher allgemeinen Anklang fand. Später habe ich von vielen Seiten Lobendes darüber gehört. Durch den mächtig überzeugenden

Ton drang ich vollständig durch. Rosenthal wollte noch etwas Belastendes über mich vorbringen, doch die anderen litten es nicht, da sie durch Hasenclevers und meine Worte über mich völlig beruhigt waren. Alle erhoben sich und stießen mit mir an. Wir unterhielten uns noch eine Zeitlang im behaglichen Biergespräche, und ich hatte das freudige Gefühl, gerechtfertigt zu sein. Fläschel erzählte mir, namentlich im Zirkel im „Meerschiff“ habe großes Mißtrauen gegen mich geherrscht, nun aber würde ich allen willkommen sein. Rosenthal hielt mir noch einen Vorfall im „Lohengrin“ vor, und ich antwortete ihm tapfer. Nach Schluß der denkwürdigen Zusammenkunft ging ich mit Kulkmann in den „Theaterkeller“ und dort bewies mir mein Gefährte das wiedergewonnene Vertrauen, indem er mit mir Brüderschaft trank. Letzteres tat ich fortan mit den meisten bekannten Genossen. Es war mir eine große Freude, in der Partei gewissermaßen rehabilitiert zu sein und begierig beteiligte ich mich an der Wahlarbeit.“

Nach der Richtung hin, in welcher es sich eigentlich bewähren sollte, ist das Spitzelsystem so gut wie nutzlos gewesen. Grundsätzlich ist die Sozialdemokratie ihrer Gegnerschaft gegen alle Geheimtuererei und Verschwörungsspielerei auch unter dem Sozialistengesetz treu geblieben, sie hat, wo es irgend nur möglich war, ihre politische Tätigkeit und Propaganda im vollen Lichte der Öffentlichkeit betrieben. Immerhin zwang das Sozialistengesetz mit seinen Präventivverböten die deutschen Arbeiter, selbst bei ganz legalen Akten, wie Wahlagitation, ihre vorbereitenden Schritte, die Verteilung von Flugblättern usw., ohne vorherige Benachrichtigung der Polizei vorzunehmen. Da ist es nun charakteristisch, wie außerordentlich gering an Zahl diejenigen Fälle sind, in denen es der Polizei gelang, noch rechtzeitig Nachricht von den betreffenden Unternehmungen zu erhalten. Ebensovienig ist es der Polizei gelungen, die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in Deutschland zu verhindern. Trotz eines ganzen Heeres speziell mit der Ueberwachung des verhassten Blattes und seiner Expedierung betrauter Spizel erschien dasselbe Woche für Woche in einer Auflage, wie noch nie vor ihm ein Emigrationsblatt. Um völlig zu erfassen, was das heißt, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Sozialdemokrat, als einer Partei der Arbeiterklasse, viele Wege verschlossen waren, welche einer bürgerlichen Oppositionspartei im gegebenen Falle offen stehen würden. Was ferner die, an Zahl auch nur geringen, anarchistischen „Verschwörungen“, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, anbetrifft, so hat die Polizei auch von ihnen selbst nur diejenigen „entdeckt“, bei denen ihre Spizel von vornherein beteiligt waren, wenn sie nicht selbst direkt als Anstifter figurierten. Die ganze Anarchisterei, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, ist zum großen Teil auf Rechnung des deutschen Ausnahmegesetzes zu setzen.

Die Zusammenkunft im „Kurgarten“ und ihre Folgen.

In dem hinteren Teile des „Kurgarten“ in Kleinburg, der durch Gebüſche abgeſchieden war, trafen die Breslauer Parteigenoſſen am Nachmittage des 18. Mai 1882, dem „Himmelfahrts- tage“, zuſammen. Mehrere Tiſche waren zuſammengerückt und hier ſaßen im Kreiſe der leitenden hieſigen Perſönlichkeiten die Reichstagsabgeordneten Carl Grillenberger*) Haſenclever und Kräcker. Grillenberger aus Nürnberg war zum erſten Male in Breslau, ſein derb-germaniſches Weſen wirkte hochgradig einnehmend. Beſonderes Aufſehen entſtand, als ein halbvergeſſener Agitator, Julius Scheil, erſchien, der ein hervorragender Mitbegründer der Breslauer Bewegung geweſen war. Er hatte früher als Büchſenmacher mit Grillenberger zuſammen gearbeitet und eilte nun auf dieſen zu, um ihn herzlich willkommen zu heißen. Als ſo ziemlich alle Bekannten verſammelt waren, ergriff Haſenclever das Wort und erklärte, es ſei an der Zeit, über Breslaus Parteiangelegenheiten zu diſkutieren. Grillenberger entwarf nun ein Bild vom Stande der Agitation im allgemeinen, betonte, daß die Partei noch ungeſchwächt war, und ging dann auf Breslau ein. Die Breslauer, hob er hervor, hätten ſich bei der Wahl ſehr brav gezeigt, im übrigen aber ſei ihre große Laune zu beklagen. Unangenehm habe es berührt, daß Breslau auf dem Wndener Kongreſſe nicht vertreten geweſen war. Beſonders auffallend aber ſei, daß von Breslau aus ſo wenig Gelder für die Partei eingingen. Haſenclever ergänzte das Geſagte in vielen Stücken, machte dabei den Kalauer, daß die Breslauer beſſer „wählen als zahlen“ und empfahl, eine neue Organifation zu ſchaffen. Fünf Mann, deren Namen vorläufig noch geheim bleiben möchten, ſollten das Komitee bilden und ſofort gewählt werden. Er empfahl auch mehr Beteiligung an den Tagesfragen, namentlich das Auftreten in gegneriſchen Verſammlungen, gemeinſame Ausflüge, Stärkung des Zirkellebens und Aehnliches. Dann eröffnete er die Diſkuſſion. In ihr klagte zunächſt Heiſig über das unwürdige Denunziantentum und die maßloſen Verdächtigungen, wie ſie in Breslau üblich waren. Schütte ſchloß ſich dieſen Ausführungen an und betonte, auch wegen dieſes Mißſtandes ſei eine Neuorganifation am Platze, denn das Komitee könne fortan am beſten ſolche Verdächtigungen prüfen. Schon ſahen Haſenclevers Vorſchlag einſtimmigen Beifall zu finden, da ſprachen ſich Kräcker und Kulkmann bedenklich darüber aus. Aus ihren Reden war zu entnehmen, daß ſie es für ſehr zweifelhaft

*) Carl Grillenberger, Redakteur in Nürnberg. Geboren am 22. Februar 1848 zu Zirndorf in Bayern. Langjähriger Vertreter des Wahlkreiſes Nürnberg im Reichſtage. Geſtorben am 19. Oktober 1897.

hielten, daß in Breslau mehr Parteileben angefaßt werden könne. Weiter sprachen unter anderem Friedrich, Aron, Feltenberg, der Schlossermeister Hegelin, der Maurer Störmer, der Handelsmann Hauke. Dabei wurden wiederholt Klagen über das matte Parteileben in Breslau, namentlich auch über Kräckers Saumseligkeit und Gleichgültigkeit, laut. Andere wiesen auf das Bestehen von Zirkeln hin und meinten, sie seien ausreichend zur Organisation. Schließlich wurde Hasenclevers Antrag genehmigt. Der folgende Punkt betraf die Unterstützung



Carl Grillenberger.

der Familien der verurteilten Kräcker, Kulkmann, Zimmer und Feltenberg. Hasenclever schlug vor, für jede Frau 6 Mark, für jedes erste Kind 3 Mark und jedes folgende Kind 1,50 Mark wöchentliche Unterstützung anzusetzen. Es wurde genehmigt und auf Hasenclevers Vorschlag eine Kommission zur Ausführung eingesetzt. Noch machte Feltenberg den Vorschlag, Kräckers Reichstagsrede vom 15. Mai über die Unfallversicherung drucken und verteilen zu lassen, was bewilligt wurde. Darauf traten Hasenclever und eine kleinere Anzahl von Genossen zu einer engeren Beratung und zur Komiteewahl zu-

sammen. Später wurde truppweise der Heimweg in die Stadt angetreten und als weiterer Treffpunkt der „Stadthauskeller“ vereinbart. Schumacher hielt die gehabte Zusammenkunft nicht für sehr bedeutungsvoll für die Breslauer Sozialdemokratie, denn hier seien die Genossen viel zu feige und matt; die Anregung würde daher spurlos an ihnen vorübergehen. Im „Stadthauskeller“ saßen die Genossen noch lange gemütlich beisammen, treu bewacht von der Breslauer Polizei; denn Koll und ein Schutzmann saßen in ihrer Nähe und beobachteten sie. Einige Genossen begleiteten noch Hasenclever und Grillenberger nach dem „Goldenen Baum“ in der Messergasse, wo beide wohnten. Am nächsten Tage reisten sie ab. Die „Kurgarten“-Versammlung bildete in den sozialdemokratischen Kreisen bald das Tagesgespräch und schon auf diesem Wege hätte der Polizei leicht etwas zu Ohren kommen können.

Einer der Teilnehmer an dieser Zusammenkunft, der Tischlermeister Gustav Lübcke in Neukölln-Berlin, gibt die folgende Schilderung:

„Zunächst wurde im „Kurgarten“ in aller Stille ein Exekutiv-Komitee gewählt, bestehend aus dem Strohhutpresser Tiller, dem Zigarrenarbeiter Robert Jimer, dem Tischler Lübcke, dem Kupferschmied Paul Fiedler und dem Einleger Robert Wolf. Dem Komitee wurde der Tischlermeister Kulkmann, ein älterer und erfahrener Genosse, als Berater beigegeben. Das Komitee hatte die Aufgabe, die sozialdemokratischen Gruppen Breslau wieder zu beleben und neue Gruppenbildungen vorzunehmen. Es bestanden noch einige Gruppen. Eine davon tagte im „Petrus“ in der Friedrich-Wilhelm-Straße; sie wurde meist von Zigarrenarbeitern besucht. Eine weitere Gruppe tagte in dem Restaurant von Rambach in der Teichstraße. Wir gründeten nun in allen Gegenden der Stadt neue Gruppen, so auch eine bei Fritsch in der Schillerstraße, die namentlich von Korkschneidern besucht wurde. Unter diesen befanden sich eine Anzahl Schweden, von denen dann einer als „lästiger“ Ausländer polizeilich ausgewiesen wurde. Gruppen entstanden: in dem Restaurant von Kalkbrenner in der Königgräzerstraße, bei Franke in der Freiburger Straße, bei Thielsch in der Werderstraße. Letzterer gehörte der „große Bürger“ Schumacher an, der mit seinem unverwüßlichen Humor so manchemal Leben in die Bude brachte. Eine andere Gruppe tagte in der „Stadt Danzig“ auf der Schmiedebrücke; in ihr traf sich die Elite der Breslauer Parteigenossenschaft: Kräcker, Zimmer, Hövel, Wilhelm Runert und manchmal ließ sich auch noch Maximilian Schlesinger dort sehen. Später bildete sich noch eine Gruppe von Studenten, mit der aber das Komitee wenig persönliche Fühlung hatte. Ueber sie wird am besten Genosse Dr. Lux berichten können. Die Gruppen hatten vor

allen Dingen die Aufgabe, die Vorarbeiten zu den Reichstagswahlen zu treffen und die mündliche und schriftliche Agitation zu betreiben.

Nun fehlte uns noch ein Kitt, der uns zusammenhalten sollte. Dies war der gemeinsame Bezug des „Sozialdemokrat“ und dessen Vertrieb durch die Gruppen. In Breslau waren nur noch Einzelbezieher vorhanden. Schumacher, Lübke und Adolf Sturm erhielten den Auftrag, den Züricher „Sozialdemokrat“ zu beschaffen, denn Kräder hatte die Verbindung mit Zürich einschlafen lassen. Schumacher kannte den Zigarrenmacher Meißner in Ohlau und er wußte, daß dieser mit Zürich in Verbindung stand. Also fuhren wir drei nach Ohlau. Das Ergebnis der gemeinsamen Beratung war, daß Lübke bestimmt wurde, den Verkehr mit Zürich zu regeln. Er erhielt Deckadressen und „chemische Tinte“, deren Schrift erst sichtbar wurde, wenn das Papier mit einem besonderen Präparat behandelt wurde. Er bekam den Decknamen „Mauerbrecher“. Kräder führte den Decknamen Windthorst von Meppen. Lübke bestellte zunächst für Breslau einhundert Zeitungen, die flott verbreitet wurden. Ueberhaupt gedieh die Bewegung wieder vortrefflich. Allmählich rückte auch die Reichstagswahl 1884 heran, bei der die Ernte unserer Saat reifen sollte.

Ganz erstaunt waren eine Anzahl Genossen, als sie einige Zeit später eine polizeiliche Vorladung in der Strassache Ilgner und Genossen erhielten. Niemand wußte anfänglich, um was es sich handele, erst später erinnerte man sich, daß der Wirt des „Kurgarten“ den Namen Ilgner führe. Sofort wurde er aufgesucht und dort erfuhr man, daß er sich bereits vor dem Amtsvorsteher hatte verantworten müssen, weil er am Himmelfahrtstage in seinem Garten eine geheime sozialdemokratische Versammlung geduldet haben sollte. Eine Reihe von Rednern waren ihm genannt worden, auch hatte man ihm gesagt, einer derselben habe den Verräter gemacht. Mit gutem Gewissen hatte er sich verteidigt, da er ja tatsächlich den sozialdemokratischen Bestrebungen völlig fernstand. Die Namen, welche ihm vorgehalten waren, wußte er nicht mehr, da ihm alle fremd gewesen waren. Es schien fast zweifellos, daß in der Mitte der Genossen ein Spion geweilt hatte. Der Verdacht richtete sich gegen Heil. Dieser hatte, als die Partei ihm nicht zur Flucht nach Amerika behilflich war, eine Neußerung getan, sie solle noch an ihn denken. Auch war seine ganze Persönlichkeit und noch mehr die seiner Frau unsympathisch. Sogar der alte Hauser, ein Genosse, der nicht im „Kurgarten“ gewesen war, hatte eine Vorladung erhalten. Offenbar hofften die Behörden, der redselige alte Herr würde beim Verhör recht viel ausplaudern. Daß Ilgner nur pro forma zum Angeklagten gemacht worden war, bezweifelten die Genossen keinen Augenblick, sie vermuteten, die Parteiorganisation solle betroffen werden und der ganze Schlag sei von langer Hand vorbereitet. In den Parteikreisen herrschte wegen

der Igner-Affäre große Unruhe. Am 12. September begannen die Vernehmungen, alle Zeugen wurden vereidigt und machten zum Teil sehr weitgehende Bekundungen. Schütte, der inzwischen vor seinem Staatsexamen stand, wurde während der Universitätsferien in seiner Heimat Stralsund vernommen, später erhielt er noch eine Vorladung auf das Breslauer Polizeipräsidium. Dort vernahm ihn der Kommissar Koll. Er befragte ihn über viele Einzelheiten und wollte namentlich auch wissen, ob im „Kurgarten“ eine Geldsammlung stattgefunden hatte. Das war nicht der Fall gewesen. Weiter befragte ihn Koll nach der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ und versuchte durch weitere verfangliche Fragen etwas aus ihm herauszuholen. Koll sagte Schütte, die Polizei habe erfahren, daß er bald Breslau verlassen wolle und wenn er jetzt ins Schulamt eintrete, riet er ihm, sich nicht mehr mit der Sozialdemokratie einzulassen. Schütte hat später das Staatsexamen bestanden.

Ein Strafverfahren wurde damals wegen der „Kurgarten“-Zusammenkunft nicht eingeleitet, doch sollte diese Sache fünf Jahre später im Geheimbundsprozeß des Jahres 1887 noch einmal eine Rolle spielen. In dem Gerichtserkenntnis dieses Prozesses heißt es darüber:

„Am 18. Mai 1882, dem Himmelfahrtstage, trafen die Zeugen Schumacher und Dr. Schütte im „Schweidnitzer Keller“ mit den Abgeordneten Hasenclever und Grillenberger zusammen, von denen sie erfuhren, die Parteigenossen würden am Nachmittag mit ihren Familien im „Kurgarten“ bei Kleinburg sein. Beide Zeugen begaben sich zur angegebenen Zeit dahin und fanden viele Tische, die größtenteils aneinander gerückt waren, mit Sozialdemokraten, darunter auch Frauen und Kinder, besetzt vor. Anwesend waren unter Anderem Hasenclever, Grillenberger, Kräcker, ferner die damals mit an der Spitze der Bewegung stehenden Genossen Rukkmann, Hövel, Feltenberg und von den jetzigen Angeklagten noch: Friedrich, Wolf, Mai, Heißig. Eine förmliche Versammlung wurde nicht abgehalten, es herrschte selbst nicht einmal allgemeine Stille, wenn jemand sprach, nur wenn einer der anerkannten Führer das Wort ergriff, hörten die übrigen schweigend zu. Verhandelt wurde insbesondere über die Nichtbeteiligung der Breslauer am Wpdener Kongreß, über die Tatenlosigkeit Kräckers, dem man Mangel an organisatorischen Talent vorwarf, auch wurde viel über die gegenseitigen Verdächtigungen geklagt, wodurch einzelne Genossen in den Verdacht gebracht wurden, Polizeispion zu sein. Endlich ist noch von einem zu wählenden geheimen Wahl- und Agitationskomitee, dem auch der Angeklagte Wolf beitreten sollte, die Rede gewesen; was aber in dieser Richtung wirklich geschehen ist, hat sich nicht ermitteln lassen. Wenn der Zeuge Grillenberger in der Hauptverhandlung diese Zusammenkunft als „eines der harmlosesten Kaffeevergnügen“ bezeichnet, die er je mitgemacht, so mag sich diese mit vorstehenden Tatsachen nur schwer vereinbarende Auffassung wesentlich auf die Außerlichkeiten beziehen: das wenig günstige Wetter, welches an dem kritischen Tage herrschte, bewirkte, daß viele der Erschienenen zeitweilig den Saal aufsuchten oder im Garten auf und niedergingen, so daß, wie Zeuge Polizei-Kommissarius Feder mitteilt, selbst der Wirt des Lokals keine Ahnung davon gehabt haben will, was für Gäste bei ihm gewesen und was sie getrieben.“

Der Beginn der „milden Praxis“.

In der geschichtlichen Entwicklung des Ausnahmegesetzes wird der jetzt zu schildernde Zeitabschnitt als die „Zeit der milden Praxis“ bezeichnet. Drei Jahre strengster Handhabung des Gesetzes folgten $4\frac{1}{2}$ Jahre „milderer“ Anwendung. Es war die Zeit der Versuche, die Sozialdemokratie nicht nur mit der Peitsche, sondern auch mit dem Zuckerbrote zu zähmen; die Zeit, wo auf dem Wege der Korruption erreicht werden sollte, was auf dem Wege der Gewalt mißlungen war. Die Breslauer Genossen haben von der „Milde“ nicht viel gemerkt, in politischer Beziehung blieb das Vorgehen der Polizei gegen sie unverändert. Es gehörte zum Wesen der „milden Praxis“, daß die Arbeiter keinen Augenblick vergessen durften, unter welchem Damoklesschwerte sie lebten. Den Breslauer Sozialdemokraten blieb es gleich, ob Milde, ob Strenge, sie erfüllten ihre Parteipflicht! Jeder einzelne dieser Tapferen bewährte einen Opfermut und eine Ueberzeugungstreue, die um so fleckenloser strahlten, als sie nicht einmal um die Begierde nach Ruhm getrübt wurde. Die namenlosen Kämpfer wußten, daß „kein Lied, kein Heldenbuch“ künden würde, wie sorgsam sie ihre, im Dienste ihrer Klasse übernommene Pflicht erfüllt hätten.

Breslau sah jetzt glanzvolle Tage anlässlich des Einzuges und der Konsekration des neuen Fürstbischofs Dr. Robert Herzog. Diese Veranstaltungen bewiesen, wie ungeschwächt die Macht der katholischen Kirche im sogenannten Kulturkampf geblieben war.

Am 22. Mai, dem Todestage unseres Reinders, legte Schütte einen Kranz auf dessen Grabe nieder. Drei Polizisten waren auf dem Friedhofe postiert, sie ließen ihn aber ruhig gewähren, da keine rote Farbe zu sehen war.

Am Abend tagte eine Versammlung des Zweigvereins Hirsch-Dunkerscher Gewerkvereine bei Pietsch. Als eine Gruppe von Parteigenossen eintrat, in der sich Schumacher befand, ging der Schlossermeister Schippke auf diesen zu und sagte in verlegenem Tone: „Verzeihen Sie, Herr Schumacher, auf Ihr Erscheinen hatten wir nicht gerechnet.“ Schumacher versicherte, er gedächte gar nicht störend aufzutreten. Schippke aber sagte, die Polizei benutze jeden Vorwand, um Versammlungen aufzulösen und gewährte ihm erst das Recht bleiben zu dürfen, als dieser ihm ehrenwörtlich versicherte, sich nicht um das Wort zu bemühen. Bald kamen immer mehr Genossen, auch Max Kasper, der zurzeit der „Kurgarten“-Versammlung verreist gewesen war. Kappich brachte ein Paket mit Exemplaren von Krüders inzwischen gedruckter Rede mit. Das starke Erscheinen von Genossen in dieser Versammlung war zum großen Teile wohl auf

HafenclEVERS Anregung zurückzuführen. Nach Eröffnung der Versammlung sprach der Rechtsanwalt BELLIER DE LAUNAY über die Unfallversicherung. Eine Resolution gegen die Regierungsvorlage wurde vorgelesen. Im Laufe der Diskussion ergriff KAPSEr das Wort und bekämpfte die Vorlage vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Mächtiger Beifall folgte seinen Worten. Im weiteren Verlaufe der Debatte kamen noch die Genossen FRIEDRICH und MOLL zum Worte, sie hatten an der Fassung der Resolution Einiges auszusprechen. Doch wurde diese in unänderter Form angenommen. Beim Schlusse der Versammlung gelang es KAPPICH, die Reichstagsrede KRÄDERS unter den Aufbrechenden zu verteilen. Die Genossen freuten sich, daß ihr Auftreten so gut gelungen war. Die Hirsch-Dunderschen Vereine wurden noch vielfach von ihnen ausgenutzt. Geschädigt wurden die Gewerksvereine durch einen bösen Prozeß ihres Vorstandsmitgliedes SCHUBERT, desselben, der 1876 im „Schießwerder“ gegen Bebel aufgetreten war. Wegen großer Unterschlagungen wurde er zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Rolle als Sozialistentöter war ausgespielt. In einer Versammlung des Reformvereins gelang es SCHUMACHER, zu Worte zu kommen. Die Konservativen begegneten ihm sehr höflich, sie waren damals überhaupt sehr zuvorkommend gegen die Sozialdemokraten.

Zu den wichtigeren Folgen des „Kurgarten“-Tages gehörte, daß das Zirkelleben sich mehr emporshawang. Die Zirkel wurden stärker besucht, in ihnen Debatten gepflogen und Parteigelder mittels Bons gesammelt. Anlässlich eines Parteitages der Konservativen kamen STÖCKER aus Berlin und SCHÖNERER aus Wien nach Breslau. SCHÖNERER, dem in Berlin das Reden in Versammlungen polizeilich untersagt worden war, wollte in Breslau am 7. Juni im „Konzertthause“ über die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Oesterreichs und die aus denselben sich ergebenden Wünsche sprechen. Für die Sozialdemokraten war hier Gelegenheit, als geschlossene Macht aufzutreten. Aber KRÄDER veranstaltete im „Endergarten“ eine von etwa zwanzig Vertrauensmännern besuchte Sitzung und diese verfügte die Nichtbeteiligung an jener Versammlung. Die „Berliner Volkszeitung“ brachte die aus KRÄDERS Feder stammende Nachricht, von den Breslauer Sozialdemokraten sei beschlossen worden, der Versammlung fernzubleiben und begierig druckte es die „Breslauer Morgenzeitung“ ab. In einigen Zirkeln war man über den Beschluß empört, so in dem vor dem Odertor, der alle Montage in einem Gartenlokale in der Mehlgasse zusammentrat. Hier verließ WOLFF das Amt eines Leiters und Kassierers. Dieser Zirkel sprach sich offen dagegen aus, er erachtete den Beschluß nicht für bindend und empfahl den Besuch der Versammlung. Zu letzterer hatten sich auch viele Sozialdemokraten eingefunden. Sie wurde mit Hochs auf den deutschen und österreichischen Kaiser eröffnet

und dem Gesänge von „Deutschland, Deutschland über alles“ geschlossen. Neben Schönerer sprach auch sein Gefährte Engelbert Bernerstorfer aus Wien, einer der späteren Führer der österreichischen Bruderpartei.

Im Zirkel vor dem Nikolaitor wurde durch Fiedler angeregt, einen größeren Ausflug zu veranstalten, durch den das Parteileben wieder gehoben werden sollte. Man gedachte der öffentlichen Vergnügungen, namentlich der Kinderfeste, aus den



Roman Nidel.

Tagen vor dem Sozialistengesetze, die sehr propagandistisch gewirkt hatten und hoffte, wieder Ähnliches in Szene setzen zu können. Eine Besprechung dazu fand am 11. Juni im „Schweidnitzer Keller“ statt. Anwesend waren Schumacher, Stephan, Feltenberg, Kulkmann, Riediger, der Tischler Roman Nidel*), Heisig, Fiedler, Kunert, Tise und

*) Roman Nidel war der Veranlasser der Gründung des ersten Fachvereins der Tischler. Im Jahre 1885 verließ er Breslau und siedelte nach Berlin über, wo er eine Kunsttischlerei errichtete. Im Jahre 1904

Schütte. Feltenberg brachte ein Paket von Exemplaren der großen Reichstagsrede Wollmars vom 12. Mai gegen das Tabakmonopol mit und begierig kauften die Genossen sie ihm ab, um sie weiter zu verbreiten. Es wurde beschlossen, am 18. Juni eine Zusammenkunft größter Art im Garten des „Belvedere“ in Pöpelwitz abzuhalten und jeder versprach möglichst viel Bekannte, auch Frauen und Kinder, mitzubringen. Aus Berlin kam jetzt die Nachricht von einer großen Demonstration anlässlich einer verbotenen sozialdemokratischen Versammlung. Die Genossen sprachen davon, Ähnliches auch in Breslau zu versuchen; sie mußten sich aber selbst sagen, daß dazu wenig Aussicht war. Die Genossen hofften, Kulkmann, der vor dem Ausnahmegesetz mit seiner Familie solche Ausflüge am meisten belebt hatte, würde auch jetzt tapfer dafür eintreten. Doch machte er ihnen durch seine Auswanderung einen Strich durch die Rechnung. Die Verurteilung hatte ihn schwer getroffen. Seit langer Zeit ging es ihm knapp. Er war ein tüchtiger Arbeiter, aber kein Geschäftsmann. Als es nun mit seiner Tischlerei immer mehr bergab ging, beschloß er nach Amerika auszuwandern und Frau und Kinder nachkommen zu lassen. Die Partei brachte für ihn erhebliche Summen auf, um ihm die Ueberfahrt und die Gründung eines festen Asyls zu ermöglichen. Da er fürchten mußte, die Polizei habe Wind von seinem Plane und würde seiner Abreise Schwierigkeiten in den Weg legen, fuhr er nicht von Breslau ab, sondern wanderte nach der Station Klein-Mochbern. Schumacher, Schütte und Stephan begleiteten ihn und beim Lebewohl rief er ihnen zu: „Wenn Ihr nach Amerika kommt, werdet Ihr eine Stütze an mir haben!“ Bald darauf erschien tatsächlich ein Schutzmann in seiner Wohnung, der ihn zur Strafverbüßung abholen sollte; er fand ihn aber nicht mehr vor. Die Polizei mußte sich mit der Stelle aus dem alten Studentenliede trösten, die Kulkmann so oft mit seinen Sangesbrüdern gesungen hatte: „Vergebens spähen wir umher, wir finden seine Spur nicht mehr, o jerum, jerum, jerum.“

Auch Frau Martha Kulkmann war eine eifrig tätige Parteigenossin, sie hatte so manchen nächtlichen Streifzug mitgemacht, wenn es galt, Plakate anzukleben, Flugblätter zu verbreiten oder „Schmiere zu stehen“. Die Kolportage des „Sozialdemokrat“ für die Genossen des Schweidnitzer Tors hatte sie einige Jahre allein erledigt. Kulkmann hatte sich ein gutes Versteck für diese kostbare Zeitung geschaffen, so daß sie auch der fündigste Spitzel nicht fand. Unter einem Kinderbett hatte er sich eine ver-

befuchte er die Weltausstellung in St. Louis; dort traf er mit Adolf Hepler zusammen, mit dem er alte Freundschaftsbande wieder neu knüpfte. Auch besuchte er Kulkmann und Wolf, der in Amerika seine „Freiheit“ redigierte. Kidel war auch in Berlin aktiv tätig, besonders im I., III. und IV. Reichstagswahlkreise. Der rüstige Alte steht noch seinem Betriebe vor; doch ist er politisch zur bürgerlichen Demokratie übergeschwenkt.

borgene Schublade angefertigt, in der die Zeitung bis zu ihrer Ablieferung aufbewahrt wurde. Innerlich schmunzelnd, sah das Ehepaar des öfteren, wie die Polizeibeamten bei Hausdurchsuchungen auch diese Bettstätte bis auf den Boden untersuchten, alle Betten herausnahmen und auch in dem Strohsack herumsuchten, aber vergebens. Kulkmann war eben ein findiger Tischler! Kurz vor seiner Abreise erschien die Polizei wieder einmal drei Mann stark morgens um 6 Uhr zur Hausdurchsuchung. Kulkmann selbst hatte keine Ahnung von der Gefahr, die diesmal über seinem Haupte schwebte, denn am vorhergehenden Abend hatte in seiner Abwesenheit August Schilowsky ein Bündel „Sozialdemokraten“ gebracht, welches seine Frau auf einen sehr hohen Kleiderschrank gelegt hatte. Als die Polizei erschien, lag die ganze Familie noch in den Federn, außerdem war Besuch von außerhalb anwesend und waren daher in Ermangelung weiterer Bettstellen Bretter auf die Stühle gelegt worden und Betten darauf, um so weitere Lagerstätten zu bilden. Diesmal war die Polizei bei ihrem Suchen nicht sehr gründlich und da kein Stuhl frei war, sah sie nicht einmal auf dem Schrank nach. Schließlich wurde dem Polizeikommissar Hartung die öftere vergebliche Sucherei zu viel, er gab Kulkmann den Rat, doch endlich einmal aus seinem Revier wegzuziehen. Die Polizei wisse ganz genau, daß von seiner Wohnung aus die Verbreitung der Zeitung erfolge, aber außer Pfandscheinen habe man bei ihm noch nichts Gedrucktes oder Geschriebenes gefunden. Kulkmann sagte ihm, wenn er verbotene Zeitungen in seiner Wohnung vermute, solle er nur gründlich nachsuchen, er sei doch nicht etwa verpflichtet, dem Kommissar den eventuellen Aufbewahrungsort zu zeigen. Vergerlich erklärte ihm Hartung, er solle doch endlich einmal die politische Wühlerei einstellen oder nach Amerika auswandern, wenn er dies nicht lassen könne. Achselzucken war Kulkmanns Antwort, der bereits im Besitze der Karte zur Ueberfahrt war. Nach seiner Abreise hatte seine Frau*) noch einige Hausdurchsuchungen zu erleiden, dann erst war die Polizei beruhigt.

In Parteikreisen sah man Kulkmann ungern scheiden, da er nicht nur in der politischen Bewegung rührig tätig war, sondern auch in Gesangs- und Turnvereinen für unsere Ideen wirkte. Die von der Arbeiterschaft gegründeten Vereine dieser Art, waren stets dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen. In den Gesangsvereinen der Eisenbahn-Werkstättenarbeiter, in den Turnvereinen der Handwerker, überall tauchte er auf und war als stimmbegabter Sänger und tüchtiger Wortturner gern gesehen. Besonders stolz

*) Frau Martha Kulkmann, gestorben am 21. Februar 1924 in Glendale, im Staate Newyork. Als uns ihre Todesnachricht mitgeteilt wurde, fügte ihr Sohn Charles hinzu: „Wir drei Kinder folgen den Eltern nach und kämpfen für dieselben Ideale, für die sie gekämpft und so schwer gelitten haben.“

war er dann, wenn er zu den Wahlarbeiten wieder frische, auf diese Art gewonnene Sangesbrüder oder Turngenossen mitbringen konnte.

Von diesem opferfreudigen und braven Mitkämpfer hatten die Breslauer Sozialdemokraten später nichts mehr gehört; bald erinnerten sich nur wenige Zeitgenossen seiner Tätigkeit. Da, im Jahre 1913, brachte die „Volkswacht“ einen der „Neuyorker Volkszeitung“ entnommenen Artikel, worin Kulkmann zum siebzigsten Geburtstage gratuliert wurde. Er lautete:

„Ende Juni feierte Genosse Carl Kulkmann die siebzigste Wiederkehr des Tages, an dem er das Licht der Welt erblickt hatte. Vier Jahrzehnte steht dieser Mann schon im Dienste der Sozialdemokratie, und vielen Arbeitern, die, wie er, unter dem Joche des Kapitals seufzten, hat er Erlösung verkündet, wenn sie mit ihren Arbeitsgenossen unter dem Banner der Sozialistischen Partei sich ihre Freiheit erkämpften. Kulkmann wurde am 28. Juni 1843 in Glaz geboren, ging, nachdem er später in Wien das Tischlerhandwerk erlernt hatte, auf die Wanderschaft, wobei er in Breslau landete. Im Jahre 1873 trat er der Partei, Eisenacher Richtung, bei und war besonders bei den Reichstagswahlen in den Jahren 1877, 1878 und 1881 hervorragend tätig, wofür er von der Polizei mit insgesamt 33 Hausdurchsuchungen bedacht wurde. Bei der Wahl im Jahre 1881 kandidierte Genosse Kulkmann im Reichstagswahlkreise Schweidnitz-Striegau und wurde wegen „Berüchlichmachung von Staatseinrichtungen“ mit drei Monaten Gefängnis bedacht. Endlich aus Breslau hinausgemahregelt, wandte sich Kulkmann nach Amerika, wo er im Jahre 1882 ankam und sofort der Partei beitrug. Hier half er 1884 den „Arbeiter-Sängerbund für Neuyork und Umgegend“ gründen und den „Wahlverein der Schlesier“ ins Leben rufen, der zu den Reichstagswahlen der Jahre 1884 und 1887 ein schönes Scherflein beitrug. Carl Kulkmann, der in Nr. 33 Webster Ave, Glendale N.Y. wohnt, ist für sein Alter noch sehr rüstig und bei seinem Schwiegersohn in Cedarhurst N.J. beschäftigt. Er hat drei Söhne und eine Tochter, sowie verschiedene Entkinder, und sind die Söhne den Ideen des Vaters gefolgt, dem hiermit unsere herzlichste Gratulation dargebracht sei.“

Die „Volkswacht“ schrieb dazu: „Wir schließen uns diesem Glückwunsche an, wenn es auch nur noch wenige alte Genossen geben dürfte, die sich des vor 32 Jahren ausgewanderten Vorkämpfers erinnern werden.“ Die Breslauer Parteileitung schrieb sofort an Kulkmann, gratulierte ebenfalls dem Siebzigjährigen, dem sie für seine frühere hiesige Tätigkeit dankte und Anerkennung zollte und bat ihn um Uebersendung seines Bildes und einiger Lebenserinnerungen für die vorliegende Parteigeschichte. Bereitwillig kam der Alte diesem Wunsche nach und bewies dabei seine geistige Frische, trotzdem er schrieb: „Der Geist wird schwach und die Hand schwer.“ Während des Weltkrieges 1914 sandte er noch einmal ein Stimmungsbild über die Kriegseindrücke in Neuyork, das die „Volkswacht“ veröffentlichte. Am 14. Juni 1915 verstarb der 72jährige an einem Gehirnschlag; er war nur wenige Tage erkrankt gewesen.

Bald nach Kulkmann verließ ein anderer guter Genosse Breslau, der Maurer Rieder, der anderswo Arbeit gefunden

hatte. Unfreiwillig verließ ferner **M a r K a n s e r** die Breslauer Genossen. Wie früher aus Dresden, wurde er auch aus Breslau ausgewiesen, und zwar noch acht Tage, bevor er mit einem Aufenthalt von sechs Monaten ansässig geworden wäre. Er ging nach Tarnowik.

Am 18. Juni fand der Ausflug nach Pöpelwik statt. Eine Anzahl Genossen mit ihren Familien hatten sich eingefunden. Aus



Gustav Lübbe (genannt Kaufmann).

Striegau war **D s w a l d R i c h t e r** zugegen. **K u n e r t** las den stenographischen Bericht von Hasenclevers Reichstagsrede vom 14. Juni vor, die sich gegen das Monopol richtete. Die Genossen beschlossen, sie zu verbreiten und taten dies sofort mit Vollmars Rede. Im übrigen fehlte der Zusammenkunft sehr der politische Charakter, sie hatte den der gemütlichen oder richtiger ungemütlichen, der Klatschgesellschaft. Daß den Genossen ihr Plan mit diesem Ausfluge gescheitert war, konnten sie sich nicht verhehlen. Auf dem Heimwege legte **S c h u m a c h e r** eine Art Galgenhumor

an den Tag und besang die Heldentaten dieses Tages in der Melodie der Marseillaise. In den Zirkelsitzungen gestand man sich ein, daß die beabsichtigte Demonstration ins Wasser gefallen war.

Die „Milde“ hört nicht auf.

Am 28. Juni 1882 starb der Zigarrenmacher Anton Rappich im Alter von 28 Jahren an Herzlähmung. Sein Tod kam den Genossen sehr unerwartet, war er doch noch zwei Tage vorher in der Sitzung seines Zirkels gewesen und hatte dort Schumacher im Namen der Tabakarbeiter scherzhaft eine Riesenzigarre überreicht, als Monopolgabe. Er wollte jetzt die über ihn verhängte Strafe von 10 Mark im Gefängnis verbüßen, wurde aber durch den Tod daran gehindert. Rappich war stets ein guter Genosse gewesen; daß er etwas stark trank, wurde auf Kummer und häusliche Sorgen zurückgeführt. Sein Todestag war ein Mittwoch, doch hofften die Genossen, das Begräbnis würde sich auf Sonntag hinauschieben lassen, so daß eine große Demonstration möglich war. So wurde denn durch seine Angehörigen und durch Kräcker in der „Morgenzeitung“ annonciert, Rappich würde am 2. Juli, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause in der Ottostraße aus, beerdigt werden. Die Genossen agitierten nach Kräften für eine recht starke Beteiligung und hofften damit das Mißlingen der Belvederekundgebung wettzumachen. Bei der Leiche machte sich die Verwesung sehr rasch geltend und dies bot der Polizei einen Vorwand zum Einschreiten. Am 1. Juli erschienen acht bewaffnete Polizisten im Hause, nahmen den Sarg mit der Leiche in Beschlag und ließen ihn nach der Tatenhalle des Kirchhofs in Dswitz überführen. Die Genossen erhielten bald davon Nachricht, beschloßen, alles zu tun, um die Leichenfeier doch noch möglichst imposant zu gestalten. Am Sonntag standen Blumenhändler mit roten Nelken in der Nähe des Trauerhauses. Aus Dhlau, wo Rappich früher gearbeitet hatte, langten Delegierte an. Die Dhlauer waren der Werkmeister Briesner und die Zigarrenmacher Meißner, Lorke und Hubrich. Sie brachten einen prächtigen Kranz mit roter Schleife mit. Einige hundert Männer und Frauen, mit roten Nelken geschmückt, hatten sich vor dem Trauerhause versammelt. Doch herrschte noch Ungewißheit, was zu tun sei. Kräcker und andere Genossen waren direkt nach dem Friedhofe hinausgewandert, denn die Polizei hatte bekanntgemacht, die Beerdigung würde pünktlich 3½ Uhr stattfinden. Schumacher empfahl, ihnen sofort zu folgen. Andere Genossen wiesen darauf hin, daß die Arbeiter durch die Annoncen auf 3½ Uhr vor das Trauerhaus bestellt waren, ein Unrecht sei es,